



NEWSLETTER – KUNO 10 – 1/2018

Herzlich willkommen zu dem Newsletter KuNo (kurz notiert) im November 2017, des SKM Bundesverbandes und der Gemeinschaft der Vinzenz-Konferenzen Deutschlands e.V.

Hier informieren wir Sie regelmäßig über aktuelle Themen im sozialen Bereich.

UNSERE THEMENÜBERSICHT

AKTUELLES

ARBEITSMARKT

ASYL / MIGRATION

RECHTLICHE BETREUUNG

EHRENAMT / BÜRGERSCHAFTL ENGAGEMENT

FAMILIE

FORTBILDUNG / TAGUNGEN

JUGENDHILFE

KAMPAGNEN / INITIATIVEN

MÄNNERARBEIT

SOZIALBERATUNG FÜR SCHULDNER

RUND UMS SGB

STRAFFÄLLIGENHILFE

SUCHT / DROGEN

VERSCHIEDENES

WOHNRAUM / WOHNUNGSLOSE

VERBANDSINTERNE INFORMATIONEN DES SKM

VERBANDSINTERNE INFORMATIONEN DER VKD

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

AKTUELLES

- In unserem Seminar „Die Insolvenzordnung – Einführungsseminar“, das am 18.–20. April 2018 von den Referenten Roman Schlag, Diözesan-Caritasverband Aachen, Dorothee Bünner, Caritasverband Erzbistum Berlin und Insolvenzberater Rico Winzer, im Bildungshaus St. Ursula in Erfurt stattfindet, gibt es noch freie Plätze. Die Teilnehmerzahl ist auf 15 Teilnehmer begrenzt. **Anmeldungen können noch bis zum 31. Januar 2018 angenommen werden.** Das „Einführungsseminar“ gehört zu einem **Baustein** des Zertifikatskurses im Bereich der Sozialen Schuldnerberatung. Besonderer Hinweis: Dieses Seminar kann auch ohne Übernachtung/Frühstück gebucht werden. Das „Einführungsseminar“ richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die aus der Schuldnerberatung kommen. Alle Informationen zur „Die Insolvenzordnung – „Einführungsseminar“ finden Sie auch auf unser Homepage unter: www.skmev.de/fortbildungen

Übersicht über die wesentlichen **Änderungen und Neuregelungen**, die zum 1. Januar bzw. zum Jahresbeginn 2018 im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wirksam werden finden Sie hier: <http://www.bmas.de>

[zurück zum Seitenanfang](#)

ARBEITSMARKT

- **durchstaaten.de:** Das Stellenportal für den Öffentlichen Dienst. Unter www.durchstaaten.de finden Sie tausende Stellenangebote im Öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern und Kommunen. Und das überall in Deutschland. Das Interesse ist groß: Seit dem Start im März 2017 gab es auf dem Portal

fast 100.000 Abrufe. Überall neue Kolleginnen und Kollegen gesucht. Derzeit laufen zum Beispiel interessante Stellenkampagnen:

- Masterstudiengang „Master of Public Administration“: <http://www.hsbund.de/> Der Markenkern des Studiums an der HS Bund ist die Verknüpfung von Wissenschaftlichkeit und Praxisnähe. Der Masterstudiengang ist ein umfassendes, vertiefendes und interdisziplinäres Studium.
- **die Bundeswehr** Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das "Projekt Digitale Kräfte".
- Beruf und Karriere finden Sie auch in den vielen **Forschungseinrichtungen des Bundes**.
- **Bundeskriminalamt** und **Bundespolizei** bieten über 1.000 offene Stellen.
- Karriere kann man auch bei der **Bundesagentur für Arbeit** machen: Für eine berufliche Zukunft finden Sie auch hier interessante Stellen.
- Oder Sie bewerben sich beim **Bundesamt für Verfassungsschutz**. Unter dem Slogan „Im Verborgenen Gutes tun“ bietet das Amt derzeit verschiedene Stellen an.

Bund, Länder und Kommunen – suchen Menschen, die sich einbringen und Verantwortung übernehmen wollen. Sie suchen Menschen, die bereit sind, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Ob mit Studium, Ausbildung oder direkt nach der Schule in den Beruf: Bund, Länder und Kommunen beschäftigen mehr als 4,6 Millionen Menschen im öffentlichen Dienst. Damit ist er nicht nur der größte Arbeitgeber in Deutschland, sondern auch der mit den meisten Standorten – überall in Deutschland. Mit rund 130 verschiedenen Berufsangeboten von "A" wie Altenpflege über "I" wie Informatiker bis "Z" wie Zimmerer: Die Vielfalt an Ausbildungsberufen und Berufsbildern ist groß. Mehr unter www.durchstaaten.de, eine Initiative der Bundesregierung.

- **Mit einer guten Ausbildung durchstarten!** 2017 war ein gutes Jahr, um eine betriebliche Ausbildung zu beginnen. Nach den aktuell von der Bundesagentur für Arbeit (BA) veröffentlichten Zahlen zum Ausbildungsmarkt gab es bis September 0,5 Prozent mehr gemeldete Ausbildungsstellen als im Vorjahr. Die Zahl der bei der BA gemeldeten Bewerber bleibt gegenüber dem Vorjahr stabil. Die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Brigitte Zypries ist überzeugt: „Deutschland braucht Fachkräfte. Um weiter so innovativ und wettbewerbsfähig zu bleiben, brauchen wir schlaue Köpfe. Und klar ist: wir brauchen Frauen und Männer. Das Potenzial ist da – die Jugendlichen von heute sind gut gebildet. Mit einer guten Ausbildung können junge Menschen richtig durchstarten. Dafür müssen aber Auszubildende und

Ausbilder flexibel sein. Nicht immer liegt der Traumberuf nebenan. Und Arbeitgeber müssen Perspektiven eröffnen und ihren Auszubildenden auch etwas bieten.“

Die künftigen Fachkräfte sind gefragter denn je. Viele Branchen und etliche Betriebe suchen noch motivierte Bewerberinnen und Bewerber. Das zeigt die Zahl der 48.937 offenen Ausbildungsplätze. Diese Chancen sollten auch Jugendliche nutzen, die bislang in ihrem Traumberuf oder in der direkten Umgebung noch keine Stelle gefunden haben.

Wie auch in den Vorjahren ist das Passungsproblem die große Herausforderung auf dem Ausbildungsmarkt. Deshalb haben es sich auch die Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung <http://www.bmwi.de/> unter dem Dach des BMWi zur Aufgabe gemacht, Ausbildungsbetriebe und junge Menschen noch besser zusammen zu bringen. <http://www.bmwi.de/>

- **Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen.** „Bei der Entscheidung über den Zuschlag einer Auftragsmaßnahme ist darauf zu achten, dass die in der Ausschreibung zu nennenden Qualitätsanforderungen einer Maßnahme erfüllt sein müssen, bevor der Preis bei der Vergabe zu berücksichtigen ist.“ Dieser Satz beschreibt die zwei wesentlichen Kriterien, die bei der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen beachtet werden müssen und die seit der Einführung des Ausschreibungsverfahrens nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/A) immer wieder zur Diskussion geführt haben. <http://jugendsozialarbeit.news/>

[zurück zum Seitenanfang](#)

ASYL / MIGRATION

- Am 6. November 2017 fand der **dritte Katholische Flüchtlingsgipfel** der Deutschen Bischofskonferenz in Köln statt. Beim Gipfel ging es hauptsächlich um Fragen der seelsorglichen Begleitung von geflüchteten Menschen. Eine zentrale Aussage des Sonderbeauftragten für Flüchtlingsfragen der Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Dr. Stefan Heße war: „Es ist unsere Aufgabe, präsent zu sein – unter den Menschen, mit den Menschen, für die Menschen. Wir müssen präsent sein – gerade an Orten, die wenig Freiheit und viel Verzweiflung kennen. Wir müssen präsent sein, um Gottes Liebe zu verkünden und zu bezeugen.“ <http://www.dbk.de/>
- Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Was ist in der **Migrations- und Asylpolitik im letzten Monat** passiert? Wie haben sich die Flucht- und Asylzahlen entwickelt? Wir blicken zurück auf die Situation in Deutschland und Europa. <http://www.bpb.de/>

- **Engagement für Geflüchtete** wird einfacher. Eine neue App der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung soll die Unterstützung geflüchteter Menschen einfacher machen: Freiwillige bekommen schneller Zugang zu passenden Initiativen und können direkt sehen, welche Art der Unterstützung aktuell gesucht wird. Hilfsorganisationen können sich online registrieren und ihren konkreten Unterstützungsbedarf angeben. Mehr Infos: www.willkommen-bei-freunden.de/helfen
- Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen im BMFSFJ hat ein Kurzgutachten veröffentlicht, das die **Situation von Familien** untersucht, die **aus Kriegsgebietengeflüchtet** sind. Deutlich wird: Um die psychosozialen Auswirkung kriegsbedingter Traumata zu verringern, braucht es Hilfen und Unterstützungsangebote. www.bmfsfj.de. Sie können das Gutachten hier herunterladen: [Gutachten](#)
- Jugendliche und Flüchtlinge als Täter und Opfer. Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften hat im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein Gutachten zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland erstellt. Im Gutachten werden Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik sowie Ergebnisse aus Dunkelfeldbefragungen hinsichtlich der Frage ausgewertet, wie sich Jugendgewalt und andere Gewaltformen in Deutschland entwickelt haben. Neben der Entwicklung der Jugendgewalt wird sich verschiedenen Erklärungsfaktoren der Entwicklung gewidmet und es werden aktuelle Herausforderungen im Bereich der Jugendgewalt benannt. Da sich gezeigt hat, dass die starke Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland eine eigenständige Herausforderung darstellt, werden zusätzlich differenzierte Auswertungen zu Flüchtlingen als Täter und Opfer von Gewalt präsentiert. www.bmfsfj.de

[zurück zum Seitenanfang](#)

RECHTLICHE BETREUUNG

- **Infomaterial**
 - Nutzen Sie unseren **Informations- und Imagefilm** bei Ihren Veranstaltungen und auf Ihrer Homepage? Er ist außerdem als DVD erhältlich und ein mögliches Werbegeschenk für Ehrenamtliche, Kostenträger oder Kooperationspartner. Sie können den Download erwerben, um ihn auf der eigenen Internetseite zu präsentieren. Bestellungen über www.kath-betreuungsvereine.de oder an dannhaeuser@skmev.de.

- Vielfach genutzt in der Arbeit mit Ehrenamtlichen, im Studium und beim beruflichen Neueinstieg wird unser Buch „**Praxiswissen Betreuungsrecht – für Ehrenamtliche, Familienangehörige und Bevollmächtigte**“. Herausgeber ist der Deutsche Caritasverband: Das Buch ist in einer Kooperation des C.H. Beck Verlag und Lambertus Verlag erschienen. Sie können das Buch [hier kaufen](#).
- **Arbeitshilfe für ehrenamtliche rechtliche Betreuer**. Ordner mit Erläuterungen zum Betreuungsrecht, Checklisten und Musterbriefen. Die Neuauflage der Arbeitshilfe der Arbeitsstelle Rechtliche Betreuung DCV, SkF, SKM ist zu beziehen/bestellen über die Internetseiten des SKM Bundesverbandes: www.skmev.de und www.kath-betreuungsvereine.de

[zurück zum Seitenanfang](#)

EHRENAMT / BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

- Die CaritasStiftung für das Erzbistum Paderborn schreibt den **Pauline-von-Mallinckrodt-Preis 2018** aus. Motto: „Zuhause: finden – erhalten – gestalten“. Mit dem Pauline-von-Mallinckrodt-Preis würdigt die CaritasStiftung für das Erzbistum Paderborn beispielhafte und innovative Projekte ehrenamtlicher Caritas-Arbeit. Unter dem Motto „Zuhause: finden – erhalten – gestalten“ werden in diesem Jahr ehrenamtliche Gruppen und Initiativen geehrt, die benachteiligten Menschen bei der Wohnungssuche zur Seite stehen oder es Menschen mit Unterstützungsbedarf ermöglichen, in einer eigenen Wohnung leben zu können. „Ein Zuhause zu haben und selbstbestimmt in einer eigenen Wohnung leben zu können, das wünschen sich wohl die meisten Menschen“, sagt Domkapitular Dr. Thomas Witt, Kuratoriumsvorsitzender der CaritasStiftung für das Erzbistum Paderborn. „Die eigene Wohnung ist Rückzugsort und privater Lebensmittelpunkt. Sie ist von großer Bedeutung für die persönliche Lebensqualität.“ Zudem sei das Leben in einer eigenen Wohnung auch eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Denn dann erst werde es möglich, etwa Verwandte und Freunde einzuladen und so Kontakte und Beziehungen zu pflegen, betont Witt. Dass es nicht selbstverständlich ist, selbstbestimmt in einer eigenen Wohnung zu leben, zeigt ein Blick in die Wohnungslosenstatistik. Allein in Nordrhein-Westfalen gab es im vergangenen Jahr rund 25.000 wohnungslose Menschen. Ihnen ist die Privatsphäre fast völlig abhandengekommen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Menschen, die nur mit Unterstützung anderer in einer eigenen Wohnung leben können: alte Menschen oder Menschen mit Behinderung. Für den Pauline-von-Mallinckrodt-Preis 2018 können ehrenamtliche Initiativen nominiert werden, die beispielsweise obdachlose Menschen oder Flüchtlinge dabei unterstützen, ein Zuhause zu finden. Ebenso nominiert werden können

ehrenamtliche Projekte, die Senioren oder Menschen mit Behinderung ein Leben in einer eigenen Wohnung ermöglichen. Das können zum Beispiel Besuchsdienste sein sowie ehrenamtliche Einkaufs- oder Haushaltshilfen. Vorschläge für den Pauline-von-Mallinckrodt-Preis können bis zum 31. Mai bei der CaritasStiftung für das Erzbistum Paderborn eingereicht werden. Die Preisverleihung findet am 4. August beim Caritas-Tag im Rahmen des Liborifestes in Paderborn statt. Wie schon im Vorjahr werden auch diesmal wieder drei Preise verliehen. Der erste Preis ist mit 2.500 €, der zweite Preis mit 1.500 und der dritte Preis mit 1.000 € dotiert. Benannt ist der Preis der CaritasStiftung nach der seligen Pauline von Mallinckrodt (1817–1881), der Begründerin der Blindenfürsorge in Paderborn und Gründerin der Ordensgemeinschaft der Schwestern der christlichen Liebe. Die Preisträger werden von einer unabhängigen Jury ausgewählt, zu der Vertreter der CaritasStiftung, der Orts- und Kreis-Caritasverbände, der Caritas-Konferenzen sowie der Kongregation der Schwestern der Christlichen Liebe gehören. Weitere Informationen bei der CaritasStiftung für das Erzbistum Paderborn, Am Stadelhof 15, 33098 Paderborn, Tel. 05251/209-227; Fax 05251/209-202; E-Mail: stiftung@caritas-paderborn.de

- **Ehrenamt grundsätzlich beitragsfrei.** Das Bundessozialgericht (BSG) entschied am 16. August 2017 (Az. B 12 KR 14/16 R), dass Ehrenämter grundsätzlich in der gesetzlichen Sozialversicherung auch dann beitragsfrei sind, wenn es eine angemessene pauschale Aufwandsentschädigung gibt und neben Repräsentations- auch Verwaltungsaufgaben wahrgenommen werden, die unmittelbar mit dem Ehrenamt verbunden sind. Das BSG begründete seine Entscheidung damit, dass Ehrenämter sich durch die Verfolgung ideellen, gemeinnützigen Zwecks auszeichnen und nicht erwerbsorientiert seien. Im entschiedenen Fall hatte eine Kreishandwerkerschaft geklagt, deren ehrenamtlicher Vorstand dieses Ehrenamt neben einer selbstständigen Meistertätigkeit ausübte. Die beklagte Deutsche Rentenversicherung Bund hatte jedoch angenommen, der Vorstand sei abhängig und geringfügig beschäftigt, und forderte pauschale Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung nach.
- **Broschüre „So wirkt Engagement“.** Wie haben sich die hauptamtlichen Strukturen zur Unterstützung ehrenamtlicher Flüchtlingshelfer entwickelt – zwei Jahre nach dem „Sommer der Migration“? Eine neue Broschüre gibt Einblick in die Praxis der Koordination und Qualifizierung von freiwillig Engagierten in der Geflüchtetenarbeit und skizziert dabei zentrale Herausforderungen und neue Entwicklungen. Die Broschüre wurde im Rahmen des Projekts „Koordination, Qualifizierung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge“ entwickelt, das von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration gefördert und seit 2015 von den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege

umgesetzt wird. Im Rahmen des Projekts konnten an vielen Orten hauptamtliche Stellen zur Ehrenamtskoordination eingerichtet, Qualifizierungsangebote für Engagierte geschaffen und lokale Projekte gefördert werden. Download: <https://fluechtlingshelfer.info>

[zurück zum Seitenanfang](#)

FAMILIE

- Die Evaluation 2016 ergab die erfreuliche Zunahme an **Elterntalks** um ca. ein Drittel im Vergleich zum Vorjahr. So fanden im Jahr 2016 insgesamt 2.540 ELTERNTALKs mit fast 13.000 Eltern bayernweit in 42 Landkreisen und kreisfreien Städten statt. Gäste aus 85 Herkunftsländern trafen sich zum gemeinsamen Austausch rund um die Themen Medien, Konsum, Erziehung und Suchtprävention. Vor allem in den Standorten, die schon lange (zum Teil 10 Jahre und länger) ELTERNTALK anbieten, stiegen im Jahr 2016 die Talkzahlen. Nähere Informationen zu ELTERNTALK und Möglichkeiten des Mitmachens auf www.elterntalk.net
- Die **Lebensverhältnisse von Familien** sowie die Einstellungen von Müttern und Vätern haben sich in den zurückliegenden Jahrzehnten in mancher Hinsicht verändert. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat das Allensbacher Institut deshalb mit einer Untersuchung zur Leitfrage, wie Familien heute am besten durch die Hilfen der Familienpolitik erreicht werden, beauftragt. Die Ergebnisse zeigen das Bestreben eines beträchtlichen Teils der Elternpaare, die Aufgaben bei der häuslichen Arbeit möglichst gleich aufzuteilen. Insbesondere bei der Kinderbetreuung wollen viele Väter sich intensiv beteiligen, unabhängig davon, ob sie nun mit 35 oder 55 Wochenstunden im Beruf tätig sind. Hier wirkt sich ein neues Rollenideal für Väter aus, nachdem sie sich möglichst ebenso viel um die Kinderbetreuung und die Familienarbeit kümmern sollten wie die Mütter. [Familien_erreichen.pdf](#)
- Am Montag, den 26. Februar zeigt 3sat/die woche um 00.05 in der Reihe 37 Grad, den Film von Mechthild Gaßner „**Das dunkle Geheimnis. Missbrauch in der Familie.**“ In Deutschland erfährt jedes siebte Kind sexuelle Gewalt. Besonders häufig stammt der Täter aus der eigenen Familie oder dem familiären Umfeld. Der Hort des Vertrauens wird zur Gefahr. Bei Urte war es der Großvater, bei Johanna der Vater, bei Anne die eigene Mutter. Sie verboten den Kindern, darüber zu sprechen, und gaben ihnen das Gefühl, dass sie selbst schuld daran sind, warum dieses Unausprechliche immer wieder mit ihnen gemacht wurde. Die Menschen, die die Kinder liebten, zwangen sie zu Dingen, für die die Kinder nicht einmal Worte hatten. Urte, Johanna und Anne konnten ihre Kindheit nur überleben, indem sie die

schrecklichen Erlebnisse aus dem Bewusstsein verdrängten, abspalteten. Doch die erlittene Ohnmacht und Pein lässt sich nicht für immer wegschließen. Irgendwann später bricht das Verdrängte hervor. Es hat sie jahrelange Schwerstarbeit gekostet, sich ihrem Leid und ihrem Schmerz zu stellen. Sie haben es geschafft, das Schweigen zu brechen, das ihnen die Täter auferlegt hatten. Mit Hilfe von Therapien konnten sie anfangen, ihre Kindheit zu betrauern – eine Kindheit, die es für sie nie gab. Für die „37“- Sendung hatten sie den Mut, ihre Geschichte zu erzählen. Anne, Urte und Johanna leben heute ein gutes Leben, auch wenn das, was sie in der Kindheit erlitten haben, immer schmerzvoller Teil ihres Lebens bleiben wird. Doch sie haben gelernt, damit zu leben, so wie Anne sagt: „Ich habe jetzt gelernt, den Rucksack so zu packen, dass ich ihn tragen kann!“

[zurück zum Seitenanfang](#)

FORTBILDUNGEN / TAGUNGEN

- Die **Fortbildungs–Akademie des Deutschen Caritasverbandes e.V.** bietet demnächst folgende Veranstaltungen an:
 - **Von der Zukunft her führen** (S18002). Mit der U–Theorie von Otto Scharmer arbeiten Seminar von 10.09.2018 bis 12.09.2018 in Freiburg. Oft lernen wir aus der Vergangenheit: Wir werten Erfahrungen aus, ziehen Konsequenzen und planen neues Handeln. Was tun, wenn die Erkenntnisse von gestern für morgen nicht mehr taugen? Ist es möglich von einer im Entstehen begriffenen Zukunft zu lernen? Vor dem Hintergrund zusammenbrechender Finanzmärkte und der weltweiten Krise von Armut hat Otto C. Scharmer vom Institut für Technologie Massachusetts (MIT) die „Theorie U“ veröffentlicht. Über zehn Jahre hinweg verdichtete er unzählige Ideen aus Psychologie, Philosophie, Ökonomie und vielen anderen Disziplinen zu dieser Theorie. Es geht um die Kernfrage: „Von welchem Ort aus handeln wir und wie kommt wirklich Neues in die Welt?“ Um in dem Bild eines Künstlers zu sprechen, gilt es die Fähigkeit zu fördern, das zu entdecken, was werden will. So wie aus Michelangelos Antwort hervorgeht, als er gefragt wurde, wie er David geschaffen habe: „Ich habe einfach alles weggehauen, was nicht David war.“ Der U–Prozess versetzt uns in die Lage, das wahrzunehmen, was aus der Zukunft in die Gegenwart kommen möchte. Dies gilt für die Führungskräfte ebenso wie für die ganze Organisation. Preis: 430,00 € zzgl. Unterkunft und Verpflegung. Ansprechpartner: Gabriele Ruck, Tel: 0761 / 200–1708, E–Mail: gabriele.ruck@caritas.de
 - **Jetzt Mal Anders** (K2018–15–1) Paargewalt gemeinsam beenden. Kurs in drei Abschnitten, erster Abschnitt von 03.12.2018 bis 05.12.2018

in Berlin. Deutschland verfügt über ein ausdifferenziertes Hilfesystem bei häuslicher Gewalt, das vor allem aus einem Frauenunterstützungssystem mit Frauenhäusern, Beratungs- sowie Interventionsstellen und der Täterarbeit für Männer besteht. Doch nicht alle Paare, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, können sich mit den einseitigen Zuschreibungen von Opfer und Täter identifizieren. Eine bedeutende Gruppe von Betroffenen erfährt beidseitige Gewalt – die Partner erleben sich gleichermaßen als Opfer und Täter. Immer wiederkehrende Konfliktsituationen, die zu psychischer oder körperlicher Gewalt eskalieren, wecken in vielen von ihnen den Wunsch, den Kreislauf der Gewalt ein für alle Mal zu beenden. „Jetzt Mal Anders“ ist ein Beratungsansatz des Caritasverbandes Berlin, der sich dieser Zielgruppe widmet. Angeregt wurde das Angebot durch Besucherinnen des Caritas-Frauenhauses Berlin, von denen etwa 30% in die gewaltbelastete Beziehung zurückkehrten. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung zeigen, dass der Großteil der beratungsmotivierten Paare das Ziel der Gewaltlosigkeit durch „Jetzt Mal Anders“ erreicht. Auch für die immer mitbetroffenen Kinder bedeutet dies eine Abnahme der erlebten Gewalt. Die Weiterbildung „Jetzt Mal Anders“ wurde ganz gezielt für Fachkräfte im Bereich von Familien-, Ehe-, Paar-, Frauen-, Männer-Beratung, in dem es auch um situative Gewalt geht, entwickelt. Preis: 420,00 € zzgl. Unterkunft und Verpflegung. Ansprechpartner: Gabriele Ruck, Tel: 0761/200-1708, E-Mail: gabriele.ruck@caritas.de

- **Die Kunst, erfolgreich Gespräche mit Mitarbeiter(inne)n zu führen(S18028).** Seminar von 07.03.2018 bis 09.03.2018 in Freiburg. Zu den wichtigsten Führungsaufgaben gehört es, die Motivation der Mitarbeitenden zu erhalten und sie individuell zu fördern. Im Führungsalltag ergibt sich eine Vielzahl an unterschiedlichsten Gesprächsanlässen. Die Bandbreite reicht dabei von der Personalauswahl über das Feedback bis zur Kündigung. Das jährliche Regel-Mitarbeitergespräch ist dabei ein zentrales Instrument zur Mitarbeiterführung, da es wichtige Themen wie Feedback, Zielvereinbarung und individuelle Personalentwicklung bündelt. Nach diesem Seminar wissen Sie, worauf es bei Mitarbeitergesprächen ankommt. Sie lernen die wesentlichen Voraussetzungen im Blick auf Ihre persönliche Haltung, Einstellung, Vorbereitung und Durchführung von Mitarbeitergesprächen kennen und üben anspruchsvolle Gesprächssituationen im Rahmen von Rollenspielen. Das Seminar vermittelt Ihnen eine solide Grundlage für die Implementierung und Durchführung von jährlichen Regel-Mitarbeitergesprächen als Teil der strategischen Personalentwicklung. Preis: 495,00 € zzgl. Unterkunft und Verpflegung. Ansprechpartner: Dr. Dirk Sichelschmidt, Tel: 0761/200-1702, E-

Mail: dirk.sichelschmidt@caritas.de, <http://www.fak-caritas.de/F710X>

- **Verantwortung für einen Caritasverband übernehmen** (K2018-19). Kurs in vier Abschnitten, erster Abschnitt von 28.06.2018 bis 29.06.2018 in Freiburg. Die obere Führungsebene von Orts Caritasverbänden sieht sich vielfältigen Herausforderungen ausgesetzt. So gilt es, die Spannungen zwischen wirtschaftlichen Erfordernissen, gesellschaftlichen Herausforderungen, christlicher Identität und sozialem Auftrag von Caritasunternehmen strategisch und operativ zu gestalten. Diese Weiterbildung bietet Vorständen, Direktoren, Geschäftsführern von Orts Caritasverbänden, vor allem denen, die neu in diese Funktion kommen, einen auf diese Herausforderungen zugeschnittenen Lernort. Das Konzept wurde in enger Abstimmung mit der Bundeskonferenz der Vorstände und Geschäftsführungen von Orts Caritasverbänden und der Bertelsmann-Stiftung entwickelt. Wir freuen uns, wenn dieses innovative Angebot Ihr Interesse findet und Sie mögliche weitere Interessenten darauf hinweisen. Preis: 0,00 € zzgl. Unterkunft und Verpflegung. Ansprechpartner: Hermann Krieger, Tel: 0761 /200-1701, E-Mail: hermann.krieger@caritas.de
- **Die Kunst der Entschleunigung** (S18018). Ein Anti-Stress-Angebot für Fachkräfte in Verbänden, sozialen Diensten und Einrichtungen. Seminar von 25.06.2018 bis 28.06.2018 in Freiburg. Fachkräfte in sozialen Organisationen sind in ihrem beruflichen Alltag durch hohe Arbeitsdichte, immer vielfältigere Anforderungen sowie stetige Veränderungen permanent gefordert. Die Balance zwischen Arbeit und persönlichen, privaten Bedürfnissen scheint dadurch ins Ungleichgewicht zu geraten. Stress verstärkt sich und führt zu körperlichen und/oder psychischen Beschwerden. In diesem Seminar wird als Anti-Stress-Angebot eine Kombination von unterschiedlichen Wegen zur „Entschleunigung“ angeboten: Laufen bzw. Walken sowie Yoga und Meditation werden kombiniert mit Angeboten zur persönlichen Reflexion sowie Theorieimpulsen und Beratung zum Selbst- bzw. Stressmanagement. Ziel ist es, eine bessere Balance zwischen den persönlichen und beruflichen Bedürfnissen und Aufgaben zu finden – die eigene Work-Life-Balance. Preis: 490,00 € zzgl. Unterkunft und Verpflegung. Ansprechpartner: Hermann Krieger, Tel: 0761 /200-1701, E-Mail: hermann.krieger@caritas.de
- **„Was willst du, dass ich dir tue“** (Lk 18,14) (S18056) Pastoral und Caritas vor der Herausforderung durch den eigenständigen Willen der Betroffenen. Seminar von 04.06.2018 bis 07.06.2018 in Altenstadt. „Du gehörst dazu – Ich höre dir zu – Ich rede gut über dich – Ich gehe ein Stück mit dir – Ich teile mit dir – Ich besuche dich – Ich bete für dich“ (Bischof em. Joachim Wanke, Sieben Werke der

Barmherzigkeit für Thüringen heute. In Sozialräumen kommen immer häufiger Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen zusammen. Viele Mitbürger – auch Christen praktizieren im Alltag eine Willkommenskultur. Aber wie geht es danach weiter? Integration fordert – im Sinne der oben genannten Werke der Barmherzigkeit die Überzeugung: Du gehörst dazu. Das Seminar bietet die Möglichkeit, – fokussiert auf die Integrationsfähigkeit Methoden und Haltungen des sozialräumlichen Arbeitens weiterzuentwickeln, – sich als Mitarbeiter/–innen der Caritas und Pastoral mit der theologischen Relevanz von Migration und Flucht als Zeichen der Zeit auseinanderzusetzen, – anhand von Praxisbesuchen in Frankfurt und in einer Kleinstadt konkrete Erfahrungen im Miteinander von Caritas und Pastoral bzgl. Integrationsarbeit kennen zu lernen und im gemeinsamen Lernen situativ weiter zu entwickeln. Preis: 320,00 € zzgl. Unterkunft und Verpflegung. Ansprechpartner: Hermann Krieger, Tel: 0761 /200–1701, E-Mail: hermann.krieger@caritas.de

Auskünfte: Fortbildungs–Akademie des Deutschen Caritasverbandes e.V., Wintererstr. 17–19, 79124 Freiburg, Tel. 0761 /200–538, Fax –199, E-Mail akademie@caritas.de , Internet: www.fak.caritas.de, www.caritas-akademien.de

- Das bundesweite **Veranstaltungsprogramm 2018 des Deutschen Vereins** liegt vor. Sie finden das Programm unter: www.veranstaltungen.deutscher-verein.de. Das Veranstaltungsprogramm 2018 gliedert sich überschaubar nach Themen, Zielgruppen sowie Angeboten der Fort- und Weiterbildung unter dem Dach der Akademie. Der Deutsche Verein ist Ort interdisziplinärer Begegnung und des fachlichen Diskurses zwischen öffentlichen und freien Trägern. Mit seinen Fachveranstaltungen informiert der Deutsche Verein über und gibt Hilfe zur Umsetzung von Bundesgesetzen in die Praxis und unterstützt den Erfahrungsaustausch zu Fragen der sozialen Arbeit, der Sozialpolitik und des Sozialrechts. Besonders hingewiesen wird auf den 81. Deutschen Fürsorgetag, der vom 15. bis 17. Mai 2018 unter dem Motto „Zusammenhalt stärken – Vielfalt gestalten“ in Stuttgart stattfinden wird. Einen Überblick über das Kongressprogramm finden Sie auf den Seiten 76 – 77 und unter www.deutscher-fuersorgetag.de. Online–Anmeldungen sind ab sofort möglich!

Der Deutsche Verein ist Träger des Projekts „Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz“, das aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gefördert wird. Unter www.umsetzungsbegleitung-bthg.de finden Sie Veranstaltungsangebote zu Themen des Bundesteilhabegesetzes.

[zurück zum Seitenanfang](#)

■ **Ritzen Schnippeln Cutten – Selbstverletzendes Verhalten**

Jugendlicher. Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis – KJug 1/2018. Selbstverletzendes Verhalten durch Ritzen der Haut an Armen und Beinen ist kein neues Thema, aber durch die Darstellung in den sozialen Netzwerken hat sich der Fokus verschoben. Konnte man früher diese Art der Selbstverletzung nur gelegentlich unmittelbar sehen, werden heutzutage ganze Internetseiten und Foren mit Bildern und Anleitungen zur Selbstverletzung gefüllt. Doch wieso fügen sich junge Menschen solche Verletzungen zu? In einer ersten Studie „#Ritzen – Selbstverletzung bei Instagram“ der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie der Universität Ulm wurden jetzt die Darstellung des Ausmaßes und die Auswirkungen von Bildern in einem sozialen Netzwerk untersucht. Doch Selbstverletzungen stehen nicht nur für individuelles Leid(en), sie müssen auch unter kulturell-gesellschaftlichen Aspekten betrachtet und eingeordnet werden. Andere Formen der sogenannten Body-Modifikation wie Tattoos, Piercings und Schönheitsoperationen sind mittlerweile akzeptiert(er), deuten aber dennoch, genau wie Ritzen und andere Formen der Selbstverletzung auf gesellschaftliche Veränderungen im Umgang mit dem Körper hin. Schulen, die Jugendhilfe und alle diejenigen, die mit Jugendlichen arbeiten, müssen für Formen nicht-suizidalen selbstverletzenden Verhaltens (NSSV) sensibilisiert werden. Die Autorinnen und Autoren tragen mit ihren Beiträgen in der aktuellen Ausgabe von KJug hierzu bei. Aus dem Inhalt:

Prof. Dr. Katharina Liebsch: „Ritzen“ im Zeitalter der gesellschaftlichen Verfügbarkeit des Körpers

- #Ritzen: Nicht-Suizidales Selbstverletzendes Verhalten (NSSV) bei Instagram (Kurzzusammenfassung)
- Selbstverletzendes Verhalten (SVV) im Internet. Erkenntnisse aus den Recherchen bei jugendschutz.net – Ein Interview mit Katja Rauchfuß, Referatsleiterin und Expertin für selbstgefährdende Inhalte im Netz bei jugendschutz.net
- Dr. Rebecca C. Brown: Projekt 4S – Schulen stark machen gegen Suizidalität und Selbstverletzendes Verhalten
- Dr. Niels Brügger, Stephan Dreyer, Marius Drosselmeier, Christa Gebel, Prof. Dr. Uwe Hasebrink, Marcel Rechlitz: Jugendmedienschutzindex: Der Umgang mit onlinebezogenen Risiken
- Sabine Schilcher: Ombudsstellen in der Kinder- und Jugendhilfe
- Sigmar Roll: Unterschiede zwischen kommerziell und gemeinnützig veranstalteten Jugendreisen

Die Ausgabe 1-2018 der Zeitschrift Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug) mit dem Titel „Ritzen Schnippeln Cutten –

Selbstverletzendes Verhalten Jugendlicher“ kann zum Preis von EUR 16,- (inkl. Versandkosten) beim Herausgeber bestellt werden:

Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Mail: kjug@bag-jugendschutz.de, Online unter: www.kjug-zeitschrift.de

- Das Nationale Zentrum **Frühe Hilfen** (NZFH) stellt Kommunen und Landkreisen kostenlos Materialien wie Plakate, Aufsteller mit Info-Karten und Anzeigenmotive zur Verfügung, mit denen sie werdende Eltern und junge Familien mit Kindern bis drei Jahren über wohnortnahe Angebote Früher Hilfen informieren können. Die Informationsmaterialien sollen dabei unterstützen, die Angebote Früher Hilfen vor Ort bekannter zu machen und die Netzwerkarbeit weiter auszubauen. Sie bewerben das Elterntelefon der „Nummer gegen Kummer“ und die Onlineberatung für Eltern der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V. (bke) unter <http://www.bke-elternberatung.de>. Beide Angebote sind bundesweit in der Elternarbeit etabliert und beraten vertraulich, anonym und kostenlos zu allen Themen. Auf Wunsch der Eltern vermitteln sie bedarfsorientiert in die Angebote der Frühen Hilfen vor Ort zur individuellen Unterstützung, zum Beispiel an eine Familienhebamme oder in eine Fachstelle. Ergebnisse des NZFH aus einem Modellprojekt in Osnabrück und einer Erprobungsphase zur Vernetzung von Elterntelefon und Frühen Hilfen in elf Städten und Landkreisen belegen, dass niedrigschwellige Angebote wie das Elterntelefon ein gut erreichbarer Zugang zu den lokalen Angeboten der Frühen Hilfen sind. Anhand der Ergebnisse hat das NZFH das Konzept und die Materialien weiterentwickelt und um das Angebot <http://www.bke-elternberatung.de> ergänzt. Das Basispaket – bestehend aus Plakaten, Abreißzetteln, Postkarten mit jeweils vier verschiedenen Motiven, Aufsteller und Info-Karten – ist kostenfrei bestellbar. Darüber hinaus stellt das NZFH vier Anzeigenmotive in unterschiedlichen Formaten für Print und online sowie die Layout-Dateien für alle Plakate bereit. Die Plakate können mit dem Logo der jeweiligen Stadt oder des Landkreises gedruckt werden. Kommunen und Landkreise, die Interesse an den Materialien haben, können sich an die Koordinierungsstelle von Nummer gegen Kummer e. V. wenden unter: E-Mail: info@nummergegenkummer.de Tel. 0202 259059-0. Weitere Informationen unter: <https://www.fruehehilfen.de> Das Nationale Zentrum Frühe Hilfen ist ein Kooperationsprojekt der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung mit dem Deutschen Jugendinstitut e. V. und wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Es unterstützt seit 2007 die Fachpraxis dabei, familiäre Belastungen und Ressourcen früher zu erkennen, bedarfsgerechte Angebote bereitzustellen und die Vernetzung der unterschiedlichen Berufsgruppen zu fördern. Außerdem koordiniert das NZFH die Bundesinitiative Frühe Hilfen auf Bundesebene.

- Youngcaritas: Das neue youngcaritas-Aktionsheft „Wie gemeinsam bist du?“ befasst sich damit, wie ein **solidarisches Miteinander** zustandekommen und gelingen kann. Über www.youngcaritas.de kann die Publikation gegen Versandkosten bestellt werden. Neben den Aktionsvorschlägen im Heft gibt es unter www.youngcaritas.de/schule Unterrichtsvorschläge zum Thema Solidarität.

- Die Bertelsmann Stiftung hat eine neue **Studie zum Thema Kinderarmut**vorgelegt. Über einen Zeitraum von fünf Jahren hinweg wurden die Einkommenssituationen von Familien untersucht. Kinderarmut ist in Deutschland oft Dauerzustand: Rund 21 Prozent aller Kinder in Deutschland leben über eine Zeitspanne von mindestens fünf Jahren dauerhaft oder wiederkehrend in einer Armutslage. Weitere 10 Prozent machen temporäre Armutserfahrungen. Armut bedeutet in Deutschland zwar meist nicht, kein Dach über dem Kopf oder kein Essen zu haben. Doch können sich die betroffenen Kinder und ihre Familien vieles nicht leisten, was für andere ganz normal zum Aufwachsen und Leben dazu gehört. Insbesondere wer dauerhaft in einer Armutslage aufwächst, erlebt Mangel und Verzicht. Zu diesen Ergebnissen kommt die vorliegende Studie. Die Studie ist abrufbar unter: <http://www.bertelsmann-stiftung.de>

- Im Rahmen der **JIM-Studie 2017** (Jugend, Information, (Multi-) Media) des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest, wurden 12- bis 19-Jährige in Deutschland neben der generellen Mediennutzung auch zu ihrem Medienumgang im Hinblick auf Hausaufgaben, Lernen und Schule befragt. Insgesamt verbringen Schülerinnen und Schüler im Alter von zwölf bis 19 Jahren nach eigener Schätzung durchschnittlich 97 Minuten an einem Wochentag mit ihren Hausaufgaben (mit und ohne Computer/Internet), Mädchen investieren mit 115 Minuten deutlich mehr Zeit als Jungen (80 Min.). Knapp die Hälfte ihrer Lern- / und Hausaufgabenzeit (45 % bzw. 44 Min.) arbeiten die zwölf- bis 19-jährigen Schülerinnen und Schüler jeden Tag zuhause am Computer oder im Internet für die Schule. Die digitale Hausaufgabenzeit steigt mit zunehmendem Alter der Jugendlichen von einer guten halben Stunde bei den Zwölf- bis 13-Jährigen auf eine gute Stunde bei den volljährigen Schülern an. Betrachtet man hingegen den Einsatz digitaler Medien in der Schule, so sind bislang nur das Whiteboard (31 %) und der Computer (22 %) nennenswert im Schulalltag angekommen (Nutzung mind. mehrmals pro Woche). Smartphones (13 %), Laptops (9 %) oder Tablet-PCs (4 %) spielen noch immer keine große Rolle. Auch die weitere Betrachtung der Nutzung zumindest einmal im Monat bestätigt dieses Bild: Nur jeder zehnte Schüler nutzt im Zeitraum von vier Wochen einen Tablet-PC in der Schule (11 %), jeder Vierte ein Notebook (25 %) und jeder Dritte ein Smartphone (31 %). Nur Whiteboards (43 %) und stationäre Computer (59 %) kommen bei jedem

zweiten Schüler monatlich zum Einsatz. Die Studienreihe JIM (Jugend, Information, (Multi-) Media) wird vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest seit 1998 jährlich in Zusammenarbeit mit dem Südwestrundfunk durchgeführt. Der Medienpädagogische Forschungsverbund Südwest ist eine Kooperation der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) und der Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz (LMK). Die Durchführung der Studie erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Südwestrundfunk (SWR). Das PDF der JIM-Studie steht unter www.mpfs.de zur Verfügung

- Am 20. November 2017 war der **Internationale Tag der Kinderrechte**, die UN-Kinderrechtskonvention feierte ihren 28. Geburtstag. Seit der Verabschiedung der Kinderrechte hat sich die Welt verändert, Internet, Apps und Onlinespiele sind für Kinder heute eine Selbstverständlichkeit. Sie bringen neue Möglichkeiten des Spielens und Lernens und können die Rechte von Kindern stärken, aber sie bergen auch Gefahren. Wer Kinderrechte heute verstehen und verwirklichen will, muss die Chancen und Risiken der Digitalisierung mitdenken und sich auf die digitalisierte Lebenswelt von Kindern einlassen. www.kinderrechte.digital
- Die **Dokumentation BVkE-Fachtagung „Allein wirst du das Ziel nicht erreichen... – Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule“** vom 07./08.11.2017 in Bonn ist erschienen. Schüler mit ausgeprägten Sozialstörungen stellen Lehrer, Erzieher und Sozialpädagogen vor besondere Herausforderungen: Sie zeigen ein wenig angepasstes Verhalten, entziehen sich pädagogischen Maßnahmen, sind oft aggressiv, laut, zerstörerisch oder aber völlig in sich gekehrt. Dabei zeigt sich, dass ein Zusammenwirken von Schule und Jugendhilfe nicht immer einfach und oftmals von gegenseitigem Unverständnis geprägt ist. Zur Dokumentation: <http://bvke.de/93307.html>
- 73 Prozent der Eltern in Deutschland sorgen sich um die **Sicherheit ihrer Kinder beim Surfen im Netz**. Zu den Gefahren wird der Kontakt zu Fremden, verstörende Gewalt- oder Pornografie-Inhalte, Cybermobbing, Datenklau, Viren und vieles mehr gezählt. Vor 20 Jahren gründete sich die Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM) als gemeinnütziger Verein, um Kinder und Jugendliche genau vor diesen Gefahren zu schützen. Mit einer repräsentativen Studie wurde nun Bestand aufgenommen, inwieweit der Schutz vor negativen Surf-Erlebnissen in den Sorgen, den Einstellungen, dem Wissen und dem Handeln von Eltern und deren Kindern verankert ist. 94 Prozent aller Eltern sehen sich selbst in der Pflicht, ihre Kinder vor negativen Erfahrungen im Netz zu schützen. Mit bereits 13 Jahren überflügeln Kinder ihre Eltern in Bezug auf Online-Fähigkeiten, weshalb sich 82 Prozent der Eltern auch Hilfe von Behörden wünschen. Ebenfalls 81 Prozent sehen soziale Netzwerke in der Verantwortung. Fast alle Eltern (90 Prozent) würden es

begrüßen, wenn der Zugriff auf Online-Angebote generell erschwert wird, um Kinder besser zu schützen. Weitere Informationen zum Jugendmedienschutzindex online unter www.fsm.de/jugendmedienschutzindex

- **SAVE THE DATE** – DCV Austauschforum Inklusion: 13. und 14. März 2018 in Fulda. Der Deutsche Caritasverband bietet alle zwei Jahre ein Austauschforum Inklusion in der Kinder- und Jugendhilfe an. Das nächste Austauschforum wird sich mit der inklusiven Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe und der aktuellen Fachdiskussion befassen. Workshops ermöglichen den Austausch zu „guter inklusiven Praxis in der Caritas“. Bitte merken Sie sich den Termin vor. Die Ausschreibung erfolgt zeitnah.
- Der jährliche internationale **Safer Internet Day** 2018 findet am 06. Februar statt. Unter dem Motto „Safer Internet Day 2018 – Create, connect and share respect: A better internet starts with you“ ruft die Initiative der Europäischen Kommission wieder weltweit zu Veranstaltungen und Aktionen rund um das Thema Internetsicherheit auf. Neuigkeiten und weitere Informationen zur Organisation des Safer Internet Day 2018 erhalten Sie über den Info-Service von www.klicksafe.de. klicksafe stellt auch in diesem Jahr zum Safer Internet Day ein umfangreiches Informations- und Serviceangebot für alle Interessierten zur Verfügung. Mit einer Registrierung beim elektronischen Informationsservice können Sie ganz sicher sein, alle wichtigen Informationen und Hinweise direkt per E-Mail zu erhalten.
- Neue Ausgabe von **WISSEN TO GO! zum Thema (CYBER)MOBBING**. Wenn das Handy zur Waffe wird und Kinder oder Jugendliche über einen längeren Zeitraum schikaniert werden, indem sie z. B. in Foren oder Chats beleidigt, per SMS bedroht oder unangenehme, oft manipulierte Bilder oder Videos von ihnen im Netz verbreitet werden, spricht man von (Cyber)Mobbing. Jede/r dritte Jugendliche hat das im Bekanntenkreis schon einmal erlebt. Das Gemeine: Durch den Einsatz moderner Kommunikationsmittel können die Angriffe zu jeder Zeit und an jedem Ort erfolgen. Zudem können sie unüberschaubare Kreise ziehen. Erfahren Leiter/-innen von Jugendgruppen oder Ferienfreizeiten von einem solchen Geschehen, ist es wichtig, mit Bedacht einzuschreiten. Wie kann man Betroffene sinnvoll unterstützen? Wer ist an einer Problemlösung zu beteiligen? Wie kann man sich selbst schützen? Und warum ist ein generelles Internetverbot in diesen Fällen meist keine brauchbare Lösung? Diese und andere Fragen werden in der neuen Veröffentlichung beantwortet. Praxisnahes, kompaktes Basiswissen, wichtige Kontaktadressen und vor allem konkrete Tipps für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu Themen des Kinder- und Jugendschutzes kurz zusammengefasst, das sind die Kennzeichen der Reihe „WISSEN TO GO!“. Versehen mit einem übersichtlichen Ampelsystem richtet sich der gefaltete

DIN-A-4-Flyer insbesondere an Leiter/-innen von Kinder- und Jugendgruppen, von Freizeiten, Gruppenfahrten, Präventionsveranstaltungen oder anderen Fortbildungen. Haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte können sich im Bedarfs- und Krisenfall schnell informieren, wie etwa ein bestimmtes Verhalten einzuschätzen ist und welche Handlungsschritte ratsam wären. Herausgegeben wird die Reihe vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend Landesverband NRW e.V. und der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. WISSEN TO GO! ist bisher erschienen zu den Themen Selbstverletzendes Verhalten, Alkoholkonsum und Essstörungen. Mehr zur Reihe unter: www.thema-jugend.de. WISSEN TO GO! wird in 5er-Packs zu einem Preis von 1,- Euro (zzgl. Versandkosten) abgegeben. Bestellungen an: Katholische Landesarbeitsgemeinschaft, Kinder- und Jugendschutz NRW e.V., Schillerstraße 44a, 48155 Münster, Tel.: 0251 /54027 E-Mail: info@thema-jugend.de

- **„Kinder- und Jugendarbeit...aber sicher! Prävention von sexuellen Übergriffen in Institutionen. Die Arbeitshilfe“** so heißt die neue Veröffentlichung der AJS. Die Autorinnen Dr. Nadine Schicha und Gisela Braun behandeln mit Unterstützung der Juristin Anja Puneßen alle wesentlichen Themenbereiche, mit denen Fachkräfte in Institutionen sich auseinandersetzen haben, wenn sie Schutzkonzepte nicht nur konzipieren, sondern auch lebbar machen wollen. Die praxisnahe Arbeitshilfe will Haupt- und Ehrenamtliche dabei unterstützen, ihre Einrichtungen sicherer zu machen. Ob Vereine und Verbände, ob Freizeit- oder Bildungseinrichtungen... alle, die mit Kindern leben und arbeiten, profitieren von dieser Arbeitshilfe. Bestellungen: info@mail.ajs.nrw.de

- **Forum Jugendhilfe**, Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) bringt in der Ausgabe 3/2017 unter anderem folgende Beiträge:

- Ulrike Wisser: Soziales, faires und solidarisches Miteinander soll wieder prägend für Europa werden
- Dr. Daniela Reimer: Wie gut entwickeln sich Pflegekinder im Erwachsenenalter
- Tina Cappelmann: Verschiebebahnhof „Inklusive Lösung“
- Nadine Paffhausen: Starke Jugend – starke Gesellschaft
- Henning Mielke: Wenn Eltern süchtig sind, leiden die Kinder
- Claudia Linsel: Kultur macht stark geht in die zweite Runde
- Dr. Jens Pothmann: Unbegleitete ausländische Minderjährige in Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe – Hinweise von Daten der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik und aus dem Bundesverwaltungsamt

- Annika Großmüller, Gesa Ledebur, Tabea Noack, Prof. Dr. Nina Olekers, Benjamin Strahl, Prof. Dr. Wolfgang Schröer, Stefan Wellen: Zur Evaluation des 16. Kinder- und Jugendhilfetags in Düsseldorf – fachlich fundiert, praxisrelevant und politisch engagiert
- Neues aus dem Netz
- Lukas Daubner: Mitbestimmung junger Menschen: der Verein Was bildet ihr uns ein?
- Stellungnahmen & Positionen
- Armut nicht vererben – Bildungschancen verwirklichen – soziale Ungleichheit abbauen! Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht: Konsequenzen und Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe
Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder und Jugendhilfe

Bezug: AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/40-200, Fax – 232, www.agj.de

[zurück zum Seitenanfang](#)

KAMPAGNEN / INITIATIVEN

- **Jeder Mensch braucht ein Zuhause – Caritas Kampagne 2018.** In Deutschland fehlen eine Million Wohnungen. Ein Zuhause für jeden darf in einem reichen Land wie Deutschland jedoch kein Privileg sein, sondern stellt ein Grundrecht dar. Vielen Menschen fällt es zunehmend schwer eine geeignete Wohnung zu finden. Familien mit Kindern oder Menschen mit geringem Einkommen sind genauso betroffen wie die sogenannte Mitte der Gesellschaft. Die Caritas setzt sich mit ihrer Kampagne 2018 für bezahlbaren Wohnraum ein. Wohnungsnot ist zu einer sozialen Wirklichkeit geworden, die gesellschaftspolitisches Konfliktpotenzial birgt. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen führt dazu, dass immer mehr Menschen auf dem Wohnungsmarkt chancenlos „außen vor“ bleiben. In einigen Regionen und Ballungszentren werden zudem einzelne Bevölkerungsgruppen wie Familien, alte und einkommenschwache Menschen oder Studenten aus Großstädten und Ballungsgebieten verdrängt. Die Begegnung zwischen Menschen unterschiedlicher Milieus, Nationalitäten und Einkommenschichten geht verloren. Diese Ausgrenzung führt zu Frustration und Resignation bei den Betroffenen und gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Die Caritas Kampagne 2018 macht deutlich, dass jeder Mensch ein Recht hat auf einen privaten Schutzraum – und das zu bezahlbaren Preisen. Sie lädt ein zur Auseinandersetzung mit dem Thema „Wohnen“ und zeigt, wie und wo Veränderungen möglich und notwendig sind. <https://www.caritas.de>
- Das neue **CKD-Ehrenamtshandbuch „Wo die Nähe zählt.“** begleitend zur Caritas-Jahreskampagne „Jeder Mensch braucht ein Zuhause“ ist ab sofort

bestellbar. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist unüberhörbar. Unser Wohnflächenbedarf in den letzten 65 Jahren hat sich auf heute durchschnittlich 45 qm/Person verdreifacht. Es gibt viel sichtbaren und unsichtbaren Leerstand bei Gewerbe- und auch bei Wohngebäuden. Wir versiegeln laut Statistischem Bundesamt auf die letzten vier Jahre gesehen durch Wohn- und Geschäftsbau, Straßenbau, Parkplätze, usw. im Mittel ca. 66 Hektar pro Tag! Jeden Tag wird also deutschlandweit die Anbaufläche eines mittleren Bauernhofes für Natur und Landwirtschaft unbrauchbar. Jeden Tag! Das Ziel der Bundesregierung: bis 2030 unter 30 ha/Tag und 2050 keine zusätzliche Flächenversiegelung mehr. Weiter sind wir in der Ehrenamtsarbeit mit zunehmender Anonymität, Vereinsamung, Armut und Inklusionsbedarfen in der Stadt und auf dem Land konfrontiert. Die Lösung wird deshalb nicht allein im Bau neuer Stadtquartiere und Wohngebieten liegen können. Wir brauchen ein Umdenken im Bereich (Zusammen)Wohnen. Wir brauchen mutigere, kreativere Formen des Zusammenlebens. Wir brauchen Vorbilder und Menschen, die verschiedene Wohn- und Lebensformen kennen, vorleben und anderen mitteilen. Wir brauchen auch (ehrenamtliche) Initiativen und Strukturen, die Menschen in verschiedenen Lebensphasen helfen, die für Sie passende Wohnform kennenzulernen und die bei Veränderungswünschen wo nötig finanziell und tatkräftig unterstützen. Erste Ideen hierzu finden Sie in unserem neuen CKD-Ehrenamtsbandbuch „Wo die Nähe zählt“: Weitere Infos: Ulrich Böll, Caritas-Konferenzen Deutschlands e.V. Das Netzwerk von Ehrenamtlichen, Karlstr. 40, 79104 Freiburg, Tel.: 0761 /200-744, E-Mail: Ulrich.Boell@caritas.de, www.ckd-netzwerk.de

- Was macht den deutschen Begriff „**Heimat**“ aus? Was unterscheidet ihn von anderen Übersetzungen? Zusammen mit einer Gruppe Jugendlicher mit Fluchterfahrung hat sich die youngcaritas Frankfurt gefragt: Gibt es eine Mehrzahl von Heimat? Entstanden sind ein Film und ein Arbeitsheft mit Methoden, Informationen und Aktionsvorschlägen, die dieser Frage auf den Grund gehen. Das Arbeitsheft und den Film finden Sie unter www.youngcaritas.de
- Caritas spricht mit Wohnungslosem, Flüchtling und 105-Jähriger über **Heimat** **Kurzfilmreihe im Rahmen der Jahreskampagne „Zusammen sind wir Heimat“** mit überraschenden Antworten. Was bedeutet Heimat? Diese Frage stellte der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln einem Wohnungslosen, einem syrischen Flüchtling, einer 105-Jährigen, einer Austauschschülerin und einer Mitarbeiterin des Caritas-Projektes „vielfalt. viel wert.“. Das Ergebnis sind fünf Kurzfilme mit überraschenden, rührenden und auch beklemmenden Antworten. Gemeinsam mit der Kölner Filmproduktion Kigali Films produzierte die Caritas die Heimat-Filmreihe im Rahmen ihrer Jahreskampagne „Zusammen sind wir Heimat“. Die 105-jährige Eleonore Kolibius ist gebürtige Kölnerin, lebt jedoch seit über

70 Jahren in Bad Godesberg. Trotzdem sagt sie: „Köln wird immer meine Heimat bleiben.“ Mehrmals wurde sie ausgebombt, floh „mit nichts außer einer Handtasche nach Bad Godesberg“. Nach Köln kehrte sie nicht mehr zurück. Doch sie weiß: „Heimat – das ist die Stadt, in der ich aufgewachsen bin.“ Renas Azadi blieb von seiner Heimat Syrien nur ein Fotoalbum. Dieses rettete der junge Mann hinüber nach Deutschland, als er vor dem Krieg floh. Jetzt nennt er Deutschland seine neue Heimat, Deutschland nehme ihn an, wie er ist – das schätze er. „Zwei Augen, eine Nase, ein Mund – am Ende sind alle Menschen gleich.“ „Heimat – dieser Begriff wird gerade von Populisten oft sehr eindimensional verwendet. Die Filme zeigen vielmehr, dass Heimat kein starrer Begriff und längst nicht immer nur ein Ort ist. Unsere Heimat ist so vielfältig, wie die Menschen, die darin leben“, so Markus Harmann, Pressesprecher des Diözesan-Caritasverbandes, zur Motivation der Filmreihe. Die Filme sehen Sie hier: www.youtube.com oder auf der Kampagnen-Seite: www.zusammen-heimat.de

■ Armut

- Eines der größten Armutsrisiken in Deutschland ist, eine Frau zu sein. Die verschiedenen Aspekte der Armut von Frauen hat die Nationale Armutskonferenz (nak) jetzt in der Broschüre „**Armutsrisiko Geschlecht. Armutslagen von Frauen in Deutschland**“ zusammengefasst und gemeinsam mit dem Aufruf „Armut von Frauen in Deutschland nicht länger hinnehmen“ veröffentlicht. Dieser Aufruf flankiert auch die Aktivitäten zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Armut. [nak_armutsrisiko_geschlecht.pdf](#)
- **Armutsfeste Rente gefordert.** Fachtagung zum Thema: „Altersarmut – die Prävention in der Pflicht“ In ihrer Abschlusserklärung haben die Teilnehmer einer bundesweiten Tagung gefordert, das Thema „Armutsfeste Rente“ zum Bestandteil der anstehenden Koalitionsvereinbarung zu machen. Vor dem Hintergrund, dass immer mehr Menschen in Deutschland mit Beginn des Rentenbezuges unter die Armutsgrenze fallen, müssen in den nächsten Jahren wirkungsvolle politische Maßnahmen ergriffen werden. Das Rentenniveau soll – wie in den Nachbarländern Niederlande oder Österreich auf einen Stand gebracht werden, der allen Bezieher/innen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Bei einem Treffen in der NRW-Landesvertretung in Berlin sind Vertreter von Wohlfahrts-, Verbraucher- und Hauswirtschaftsverbänden der Frage nachgegangen, ob und wie vorbeugende Maßnahmen helfen können, Menschen besser auf den Beginn des Rentenbezuges vorzubereiten. Was es bedeutet mit geringer Rente leben zu müssen schilderte in bedrückenden Worten eine Berliner Rentnerin. Sie gehe jeden Abend ins Bett, ohne zu wissen,

ob sie den nächsten Tag finanziell „übersteht“. Jede Rentenhö­hung wird durch die regelmäßige Steigerung der Miete „unwirksam“. Einen Zoobesuch könne sie sich schon lange nicht mehr leisten. Sie würde sich neben der armutsfesten Rente einen Sozialpass/Sozialticket für alle armen Menschen wünschen, mit dem allen Senioren eine volle gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird. Bei der Tagung wurden verschiedene „Best-Praxis-Beispiele“ vorgestellt. Der Caritasverband für die Diözese Osnabrück veranstaltet beispielsweise für die Mitarbeiter, die in absehbarer Zeit in Rente gehen, einen Infotag. Dieser beschäftigt sich neben allgemeinen Infos auch mit der finanziellen Situation im Rentenalter. Viele Mitarbeiter mit geringer Rentenerwartung, gerade aus den sozialen Pflegeberufen, erfahren bei diesem Treffen zum Beispiel Genaueres zu den von der Rentenversicherung jährlich verschickten Informationen. „Es ist eben nicht drin was drauf steht“, so Frau Jacobs vom DiCV Osnabrück. So sei vielen Kollegen, die vor dem Rentenbezug stehen, nicht bekannt, dass die Beiträge zur Krankenkasse oder ggf. auch Steuern, noch von der angekündigten Rente abgezogen werden müssen. Moderator Tenhagen (Finanztip.de) stelle in seinem abschließenden Fazit fest „Je früher sich Arbeitnehmer mit ihrer Altersvorsorge beschäftigen, desto größer ist die Chance, Altersarmut verhindern zu können. Alle Beschäftigung nützt aber nicht, solange das Einkommen so mickrig ist, dass das deutsche Altersvorsorgesystem keine armutssichere Rente zulässt.“ Es herrschte bei den Teilnehmern darüber Konsens, dass eine armutsfeste Rente für alle Bezieher mindestens 1 250,-€ Netto betragen muss. An der Finanzierung der gesetzlichen Rente sollten alle (auch Beamte, Selbstständige und Reiche) beteiligt werden. Darüber hinaus muss in Zukunft mehr getan werden, die Menschen auf die schwierige finanzielle Situation im Rentenalter vorzubereiten. Hierzu ist eine Mobilisierung aller politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen notwendig. Auch Arbeitgeber, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Bildungsträger, also Organisatoren, die sich bisher vielleicht nur wenig mit dem Themenkomplex Altersarmut beschäftigt haben, müssen einbezogen werden. Der Veranstalter, das Präventionsnetzwerk Finanzkompetenz, plant deshalb für die Zukunft einen „Runden Tisch“ zu etablieren, in dem Vertreter aller mit der Thematik in Beziehung stehenden Organisationen beteiligt werden sollen. Weitere Informationen: Marius Stark, Dunantstraße 21, 41468 Neuss, Tel.: 02131/102 339: ms@pnfk.de

[zurück zum Seitenanfang](#)

- Am 7. Juni findet unsere Tagesfortbildung **Einführung in die Jungen- und Männerarbeit** statt. In der Fortbildung geht es um die Besonderheiten und Anforderungen bei der geschlechtssensiblen Arbeit mit Jungen und Männern. Die Ausschreibung finden Sie hier: skmev.de/fortbildungen-maennerarbeit/
- **MANN-Aktuell!** Hier gibt es die aktuellen Ausgaben vom Newsletter: www.kath-maennerarbeit.de (PDF). Herausgeber ist die Kirchliche Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen. V., Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf, info@kath-maennerarbeit.de, www.kath-maennerarbeit.de
- Literaturhinweis: Boris von Heesen: **Männeraufbruch 2018**. 52 Impulse begleiten Männer auf der Suche durch das Jahr 2018. Von A wie Alkohol über G wie Gefühle, T wie Trauer bis hin zu V wie Vater. Von Alleinsein über Älterwerden bis zur Kunst loszulassen. Wer aber ist ein Mann auf der Suche? Einer, der sich fortwährend als Mann, als Mensch hinterfragt und danach sucht sich weiterzuentwickeln. Einer, der ungesunde und überholte Muster von Männlichkeit durchbrechen will und es trotzdem genießt Mann zu sein. Der Kalender möchte Woche für Woche all jenen Männern einen kleinen Impuls und Orientierung geben, die auf der Suche sind nach dem richtigen Weg. Ein praktischer Begleiter für die Männerarbeit. www.maenner-aufbruch.de

[zurück zum Seitenanfang](#)

SOZIALBERATUNG FÜR SCHULDNER

- Der Deutsche Caritasverband veröffentlicht regelmäßig den „**Newsletter Sozialberatung für Schuldner**“, aus dem KuNo mit freundlicher Genehmigung einige Beiträge übernimmt. Interessierte Träger und Einrichtungen der verbandlichen Caritas können den Rundbrief über die für den Fachbereich Schuldnerberatung zuständigen Referenten in ihrer Diözese beziehen. Verantwortlich für den Newsletter ist Cornelius Wichmann, Deutscher Caritasverband e.V., Abteilung Soziales und Gesundheit, Referat Sozialraum, Engagement, Besondere Lebenslagen, Karlstr. 40, 79104 Freiburg i.Br., Postfach 420, 79004 Freiburg, Tel.: 0761/200-121, Fax: 0761/200-11-121. www.caritas.de, www.caritas.de (Schulden), E-Mail: cornelius.wichmann@caritas.de
- Personen, die aufgrund finanzieller Probleme im Jahr 2016 die Hilfe einer Schuldnerberatungsstelle in Anspruch nahmen, warteten durchschnittlich zehn Wochen auf einen **ersten Beratungstermin**. Trotz dieser durchschnittlichen Wartezeit konnte in 63 % aller Fälle bereits innerhalb der

ersten drei Wochen nach Kontaktaufnahme durch die überschuldete Person mit der Beratungsarbeit begonnen werden. Dies sind erste Ergebnisse der Überschuldungsstatistik 2016, die das Statistische Bundesamt (Destatis) anlässlich der Aktionswoche der Schuldnerberatung vom 19. bis 23. Juni 2017 veröffentlicht. www.infodienst-schuldnerberatung.de

- Die Broschüre der LAG SB Berlin: „**Wegweiser durch mein Insolvenzverfahren**“ ist ein Wegweiser durch das Insolvenzverfahren, für alle die die Feinheiten wissen wollen: www.soziale-schuldnerberatung-hamburg.de
- **Kapitallebensversicherungen** sind, genau wie Spareinlagen, Vermögenswerte für die es keinen Pfändungsschutz gibt. Die Auszahlung unterliegt voll der Pfändung, sobald die Forderung eines Gläubigers durch Vollstreckungsbescheid oder Urteil tituliert ist. Vorbeugen kann man dem zum Beispiel, wenn man das eigene Kind als Bezugsberechtigten im Versicherungsvertrag einträgt und die Pfändung somit durch ein unwiderrufliches Bezugsrecht vermeidet. www.infodienst-schuldnerberatung.de
- Die **Überschuldung** privater Haushalte steigt weiterhin an. Im **Bereich des Erzbistums Paderborn** sind laut Schuldneratlas 2017 der Creditreform (www.creditreform.de) besonders das Ruhrgebiet und der Märkische Kreis von überdurchschnittlichen Steigerungsquoten betroffen. Bei Städten über 400.000 Einwohnern nimmt Dortmund nach Duisburg bundesweit einen Spitzenplatz ein. Hier sind über 14 Prozent der Erwachsenen überschuldet; in der Stadt Herne sind es sogar fast 18 Prozent. Im NRW-Durchschnitt liegt die Quote bei 11,6 Prozent.
Das Thema Altersüberschuldung bleibt laut Creditreform besonders virulent: Die Verschuldung von Senioren sei seit 2013 um 76 Prozent gestiegen. Im Gegensatz dazu ist die Überschuldung in der jüngsten Altersgruppe in diesem Jahr nochmals zurückgegangen und liegt jetzt bei 14 Prozent. Die Fachkräfte der örtlichen Schuldnerberatungsstellen raten dazu, rechtzeitige Hilfe zu suchen und Schuldenberater zu kontaktieren. Ein wesentliches Warnzeichen ist, wenn das Konto dauerhaft überzogen werde. Mit den 16 anerkannten Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen der Caritas im Erzbistum Paderborn lassen sich telefonisch Beratungstermine vereinbaren. Unabhängig von Wartelisten bieten einige Schuldnerberatungsstellen auch freie Beratungszeiten an, wo ein Erstgespräch bzw. eine erste Krisenintervention geleistet werden können. Die Anschriften der Beratungsstellen sind im Internet hinterlegt: www.caritas-paderborn.de
- Hier der Link zu der **Dokumentation des Forums Schuldnerberatung 2017** auf der Homepage des Deutschen Vereins: www.deutscher-verein.de. Das Forum

Schuldnerberatung 2018 wird am 22./23. November 2018 in Hannover stattfinden. Das Programm wird in den kommenden Monaten gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) vorbereitet und im Frühsommer 2018 veröffentlicht.

- Die Creditreform hat am 09. November 2017 ihren alljährlichen **SchuldnerAtlas** veröffentlicht. Danach ist die Überschuldung von Privatpersonen in Deutschland seit 2014 zum vierten Mal in Folge angestiegen, allerdings weniger stark als zu befürchten war. Zum Stichtag 1. Oktober 2017 hat die Creditreform für die gesamte Bundesrepublik eine Überschuldungsquote von 10,04 Prozent gemessen. Damit sind über 6,9 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dies sind rund 65.000 Personen mehr als noch im letzten Jahr (+ 0,9 Prozent). Die Überschuldungsquote sinkt hingegen leicht, da die Bevölkerung nochmals spürbar zugenommen hat. www.creditreform.de
- Bitte beachten Sie: Alle aktuellen **Fortbildungsangebote im Bereich der Schuldnerberatung** der Caritas für 2017 finden Sie auch auf der Website des SKM www.skmev.de unter Aktuelles/Fortbildungen. Ein Blick auf die Internetseite lohnt sich, da sich auch kurzfristig Änderungen für die Fortbildungsangebote ergeben können. Ihre Fragen zum Fortbildungsangebot in der Schuldnerberatung beantworten wir Ihnen gerne: Stephan Buttgerit, SKM Bundesverband, Tel. 0211/233948-0.

[zurück zum Seitenanfang](#)

RUND UMS SGB

- Der Deutsche Verein hat eine **Arbeitshilfe zur Existenzsicherung von Auszubildenden im SGB II** herausgegeben. www.deutscher-verein.de
- Die **Bedarfe für Unterkunft und Heizung** werden vom Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) bzw. dem örtlichen Sozialhilfeträger (SGB XII) in tatsächlicher Höhe anerkannt, soweit sie angemessen sind. Das mehrstufige Verfahren zur Bestimmung angemessener Unterkunftskosten und die vom Bundessozialgericht entwickelten Standards zum schlüssigen Konzept werden in der Praxis der kommunalen Leistungsträger als sehr komplex und mitunter auch nicht erfüllbar wahrgenommen. Empfehlungen des Deutschen Vereins: www.deutscher-verein.de.
- „**Arbeitslosengeld an der Supermarktkasse** – ein weiterer Akt der Erniedrigung“. Kölner Diözesan-Caritasverband kritisiert Pläne der Bundesagentur für Arbeit – „Keine gesetzliche Grundlage“ Als „weiteren Akt

der Erniedrigung Arbeitsloser“ bezeichnet Michaela Hofmann, Armuts-Referentin des Kölner Diözesan-Caritasverbandes, die Ausgabe von Arbeitslosengeld I und II an Supermarktkassen. „Arbeitslose werden wieder einmal nur als Kostenverursacher bloßgestellt. Vom Anspruch des Grundgesetzes einer menschenwürdigen Behandlung ist das weit entfernt.“ Es waren Pläne der Bundesagentur für Arbeit (BA) bekannt geworden, wonach Empfänger von Arbeitslosengeld I und II ab April 2018 in dringenden Fällen Geld an Supermarktkassen abheben können. Das Verfahren richtet sich laut BA an Menschen, die kein eigenes Konto haben oder im Ausnahmefall einen Vorschuss brauchen. „In Wahrheit geht es nicht darum, Arbeitslosen das Leben zu erleichtern, sondern Kosten zu sparen“, so Hofmann. Bisher können sich Arbeitslose Bargeld an Kassenautomaten in Jobcentern und Arbeitsagenturen auszahlen lassen. Diese insgesamt 309 Automaten sollen nun aus Kostengründen abgebaut werden. „Mit der Auszahlung von Sozialleistungen über Supermärkte werden staatliche Aufgaben über nicht befugte Dritte abgewickelt. Dazu gibt es keine gesetzliche Grundlage“, so Hofmann weiter. Geplant ist, dass Arbeitslose für die Transaktion an der Supermarktkasse einen Zettel mit Barcode vorlegen müssen. Aus Sicht von Hofmann ist das diskriminierend: „Jeder in der Schlange kann sehen, ob jemand arbeitslos ist oder nicht.“ (Pressemeldung des DICV Köln vom 14.10.2017)

- **Literaturhinweis:** Gerade ist die 4. Auflage „Recht der Existenzsicherung“ erschienen. Sie enthält den Text des SGB II und XII jeweils in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes und anderer Vorschriften vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2541), sowie Gesetze, Verordnungen und Anordnungen in der jeweils aktuellen Fassung (Stand: 1. September 2017). Ein detailliertes Stichwortverzeichnis erleichtert die Suche. Recht der Existenzsicherung. SGB II und XII mit anderen Gesetzen und Verordnungen (Reihe „Textausgaben zum Sozialrecht“, Band 2) Herausgegeben vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. und Lambertus-Verlag, 4. Auflage 2017, kart., 464 Seiten, 12,90 €, für Mitglieder des Deutschen Vereins 9,90 €. ISBN: 978-3-7841-3011-8, ISBN E-Book: 978-3-7841-3012-5.
- ALG II-Empfänger und verschuldete Menschen sind besonders von Stromsperrungen betroffen. Über 6 Millionen Menschen in Deutschland drohen **Stromabschaltungen**. „Wenn Menschen der Strom abgestellt wird, ist das beschämend in einem reichen Land wie dem unseren“, erklärt Caritas-Präsident Peter Neher anlässlich der am 4.12. veröffentlichten Studie „Ursachen von Stromsperrungen in Privathaushalten“, die vom Deutschen Caritasverband (DCV) gemeinsam mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) erstellt wurde. Im Jahr 2016 wurde nach Angaben der Bundesnetzagentur rund 330.000 Haushalten der Strom gesperrt. Die

Zahl der Androhungen liegt bei über 6 Millionen. Die Studie von DCV und ZEW analysiert nun erstmals, wer von diesen Stromsperrern betroffen ist. Familien mit Kindern und ALG II-Empfänger geraten besonders häufig in Zahlungsrückstand bei der Stromrechnung. Eine damit drohende Sperrung des Stroms zu verhindern, gelingt vor allem Menschen mit geringer Bildung und Alleinstehenden schlecht. Besonders wahrscheinlich werden Sperrandrohungen und Stromsperrern, wenn Haushalte bereits anderen Gläubigern gegenüber Schulden haben, etwa durch Kreditkäufe von Autos, Möbeln oder durch Mietschulden. Zahlreiche Erfahrungen in den Beratungsstellen der Caritas belegen die Not, die durch Energiearmut entstehen kann. Dies betrifft insbesondere Haushalte, in denen alte, kranke und behinderte Menschen, Schwangere und minderjährige Kinder leben. Mit dem Projekt „Stromspar-Check“ unterstützt die Caritas die Bezieher von Niedrigeinkommen dabei, den Stromverbrauch zu reduzieren und Stromkosten zu sparen. „Parallel zu diesem Projekt erwarten wir strukturelle Antworten“, fordert Neher. Es müsse geprüft werden, wie soziale Indikatoren in die Stromgrundversorgungsverordnung (StromGVV) aufgenommen werden können. Energieversorger sollten in jedem Fall von Energiesperren absehen, wenn laufende Abschläge vollständig gezahlt werden und eine tragfähige Lösung für die Regulierung des Zahlungsrückstands gefunden wurde. Um Stromsperrern wirksam zu vermeiden und Betroffenen zu helfen, bietet die Caritas auch Unterstützung über die Allgemeine Sozialberatung und die Schuldnerberatung. Link zur Studie und zum neue caritas-Artikel: www.caritas.de/stromsperrern (Pressemeldung des DVC vom 4.12.2017)

- Das Deutsche Jugendinstitut stellt in seiner aktuellen Ausgabe des Magazins „DJI Impulse“ die **Herausforderungen der Digitalisierung des Alltags junger Menschen** in den Mittelpunkt. Erstmals gibt es ein Online-Dossier zum Titelthema. Dieses beinhaltet u.a. Daten über die Nutzung von Sozialen Medien durch Jugendliche sowie Informationen zu Cybermobbing und zur rechtspopulistischen Mobilisierung von Jugendlichen im Netz. Mehr unter: www.dji.de

- **Soziale Arbeit** / Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete / November 2017 / 66. Jahrgang beschäftigt sich unter anderem mit:

- Dietrun Lübeck, Annegret Böhmer: Spiritualität als professionelle Dimension in der Sozialen Arbeit
- Süleyman Gögercin, Stefan Heinz: Wohnungssicherung im ländlichen Raum – Erkenntnisse aus dem Modellprojekt einer Fachstelle von Wohnungsverlusten
- Michael Rehder, Marina Schlattmann, Kaja-Nina Hrabak, Ullrich Bauer: Präventionsangebote für Kinder psychisch erkrankter Eltern

- Erich Hollenstein, Frank Nieslony: Inklusionsorientierung an Schulen fördern

Soziale Arbeit wird herausgegeben vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI), Bernadottestr. 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/839001-0 Fax: 030/8314750 www.dzi.de, E-Mail sozialinfo@dzi.de.

■ **Sozialwirtschaft** Zeitschrift für Führungskräfte in sozialen Unternehmungen 6/2017, Jahrgang 27 bringt unter anderem folgende Beiträge:

- Gerhard Pfannendörfer: Erfolgsfaktoren für Kooperation
- Stefan Schick: Kooperationen: Interessen klären, Konflikte regeln, Vorteile optimieren
- Johannes Blome-Drees: Genossenschaften. Ungenutzte Chancen
- Heinz Gerstlauer: Organisation, Regelungen, Standards und Management gemeinsam klären
- Norbert Rebmann: Plattform: Pflegeurlaub auf Rhodos
- Dieter Myrzik: Personalgewinnung – Bewerber als Kunden sehen
- Bernd Bürger: Sozialpolitik – Mehr Transparenz und Chancengleichheit
- Sabine Prohaska: Vom Umgang mit „alten Hasen“
- Olaf von Maydell: Outsourcing will gut überlegt sein
- Roland Krock: Bundesteilhabegesetz: Was jetzt zu tun ist
- Michael Schwartz: Wie man Change-Energie erzeugen kann
- Stefan Teschlade: Speed-Dating für Freiwillige
- Fabio Rössler: Sozialinformatik Mitarbeitende online gewinnen
- Harald Christa, Heidi Clasen: Welche Faktoren im harten Wettbewerb

Herausgeber: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Tel.: 030/24089-0, Fax -134, E-Mail: info@wohlfahrt.de, www.bagfw.de, Bestellungen über den Buchhandel oder den Nomos-Verlag.

■ **Sozialwirtschaft** Zeitschrift für Führungskräfte in sozialen Unternehmungen 1/2018 (Januar/Februar), Jahrgang 28 bringt unter anderem folgende Beiträge:

- Dagmar Reiß-Fechter: Immobilien-Management – Strategische Führungsaufgabe
- Arnold Pracht: Inklusion – Das Wohnen für alle ermöglichen
- Martin Beck: Aufsicht – Emotionsfreie Investitionsobjekte
- Magazin
- Paul Brandl: Prozess-Gestaltung – Qualitätsmanagement als Innovationstreiber
- Rubriken

- Alexander Th. Carey: Sozialpolitik – Transformationen des Sozialstaats
- Albrecht Müllerschön: Personal – Führen im digitalen Zeitalter
- Dietmar Wolff, Britta Gräfe: Finanzen – Digitale Rechnungen auf dem Vormarsch
- Hans-Peter Müller: Recht – Mehr Flexibilität möglich
- Klaus Kissel: Organisationsentwicklung Wie Organisationen beweglich werden
- Steffen Müller, Andrea Stratmann: Marketing – Wirkungsnachweise statt Zahlenfriedhöfe
- Madeleine Renyi, Christophe Kunze: Sozialinformatik – Soziale Infrastruktur digital stärken

Herausgeber: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V., Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin, Tel.: 030/24089–0, Fax –134, E-Mail: info@wohlfahrt.de, www.bagfw.de, Bestellungen über den Buchhandel oder den Nomos–Verlag.

■ **Im Nachrichtendienst des Deutschen Vereins** für öffentliche und private Fürsorge finden sich in Heft 11 /97. Jahrgang November 2017 folgende Beiträge:

Empfehlungen und Stellungnahmen

- Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Herleitung existenzsichernder Leistungen zur Deckung der Unterkunftsbedarfe im SGB II und SGB XII

Aktuelles

- Anna Traub: Kinderrechte in Flüchtlingseinrichtungen
- Anna Traub: Schutz von Kindern und Jugendlichen in Flüchtlingsunterkünften
- Renate Schäfer–Sikora: Kooperations– und Kinderschutzvereinbarung für die Gemeinschaftsunterkünfte

Abhandlungen

- Peter Schimnay: Hürrem Tezcan–Güntekin: Rückkehr oder Verbleib älterer Migranten und Migrantinnen – Implikationen für die gesundheitliche und pflegerische Versorgung
- Matthias Knuth: Vorschläge für eine solidarische und sozialinvestive Arbeitsmarktpolitik

Berichte

- Anuschka Abutalebi: G mit Niedersachsen – Bildungs- und Beratungsstelle zu Geschlechtergleichstellung und Migration

Gutachten

- Gutachten vom 18. September 2017 – G 2/16 Zur Frage Kindeswohlbezogener Melde- und Informationspflichten für gemäß § 45 SGB VIII erlaubnispflichtige Einrichtungen

Bezug der Zeitschrift über: Eigenverlag des NDV, Michaelkirchstraße 17/18, 12179 Berlin, Tel.: 030/62980-0, Fax: -9521 Internet: www.deutscher-verein.de.

- Im Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge finden sich in Heft 12/97. Jahrgang Dezember 2017 folgende Beiträge:

Aktuelles

- Beate Maria Hagen: Zusammen stärken – Vielfalt gestalten. 81. Deutscher Fürsorgetag vom 15. Bis 17. Mai 2018 in Stuttgart
- Nora Schmidt: Mitglieder und Zielgruppen stellen dem Deutschen Verein ein gutes Zeugnis aus
- Jörn Sommer, Nikola Ornig: Vertrauliche Geburt: Zentrale Ergebnisse der Gesetzesevaluation
- Walter Schmid: Die gescheiterte Reform des schweizerischen Versicherungssystems: eine Nachlese

Abhandlungen

- Michael Conty, Claus Michel, Svenja Pleuß, Silvia Pöld-Krämer: „Assistenzleistungen“ im Bundesteilhabegesetz (BTHG) aus Sicht der Leistungserbringer – Teil 1
- Klaus Schellberg: Ein Vergütungsmodell zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes
- Hans Oliva, Heinz Jaschke, Günter Schlanstedt: Weiterentwicklung der Teilhabe und des Hilfeplanverfahrens in der Eingliederungshilfe
- Désirée Bender, Tina Hollstein, Cornelia Schweppe: „Alten-Export“ oder erweiterte Lebensoptionen im Alter?

Berichte

- Swen Staack: „Lokale-Allianzen für Menschen mit Demenz“ – das Kompetenzzentrum Demenz in Schleswig-Holstein

Gutachten

- Gutachten vom 17. Juli 2017 – G 1/17 Zur Frage der Zulässigkeit der Anwendung von Zwangsmitteln bei der Verteilung von unbegleiteten ausländischen Jugendlichen sowie der örtlichen Zuständigkeit für die Anordnung der Vormundschaft

Bezug der Zeitschrift über: Eigenverlag des NDV, Michaelkirchstraße 17/18, 12179 Berlin, Tel.: 030/62980-0, Fax: -9521 Internet: www.deutscher-verein.de.

- Im **Nachrichtendienst des Deutschen Vereins** für öffentliche und private Fürsorge finden sich in Heft 1/98. Jahrgang Januar 2018 folgende Beiträge:
Aktuelles

- Kim Nikolay Japing, Annett Löwe, Florian Steinmüller: Gemeinsam vom Gesetz zur Praxis – Das Projekt „Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz“ fördert den fachlichen Dialog über das BTHG
- Sabine Gallep, Ursula Rölke: Ein Zwischenruf zu intensivpädagogischen Erziehungshilfen im Ausland

Empfehlungen und Stellungnahmen

- Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Beratung, Begleitung und Unterstützung Gründungswilliger und Selbstständiger in der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abhandlungen

- Michael Conty, Claus Michel, Svenja Pleuß, Silvia Pöld-Krämer: „Assistenzleistungen“ im BTHG aus Sicht der Leistungserbringer – Teil 2
- Dorothea Czarnecki: Kinder besser vor Handel und Ausbeutung schützen: das neue Bundeskooperationskonzept

Berichte

- Ingo Gottschalk: Anforderungen an eine integrierte (inklusive) kommunale Sozial(Raum-)Planung
- Vanessa Eisenhardt: HEIMATSUCHER e.V.: Schoah-Überlebende heute

Aus der Arbeit des Deutschen Vereins

- Fachausschuss „Rehabilitation und Teilhabe

Gutachten

- Gutachten vom 7. Juli 2017 – G 10/13 Zur Rechtmäßigkeit einer polizeirechtlichen Wohnungsverweisung gegenüber gewalttätigen Minderjährigen

Bezug der Zeitschrift über: Eigenverlag des NDV, Michaelkirchstraße 17/18, 12179 Berlin, Tel.: 030/62980-0, Fax: -9521 Internet: www.deutscher-verein.de.

■ Sozialrecht – Zeitschrift für Sozialberatung aktuell befasst sich im Sonderheft 2017 mit:

- Dau: Der lange Weg vom RVG zum neuen sozialen Entschädigungsrecht
- Eichenhofer Soziale Entschädigung – quo vadis?
- Löbner: Warum brauchen wir ein neues Soziales Entschädigungsrecht – das Leitgesetz des Bundesversorgungsgesetzes als Auslaufmodell?
- Müller–Piepenkötter: Warum brauchen wir ein neues Soziales Entschädigungsrecht – das Leitgesetz des BVG als Auslaufmodell?
- Schmachtenberg: Erster Arbeitsentwurf eines Gesetzes zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts – Konzeption und Inhalt
- Wüsten: Einmalzahlungen
- Ungerer: Das neue SGB XIII – Inhalt und Konzeption BVG–Abwicklung
- Reche–Emden: Statement zum Arbeitsentwurf zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts (SGB XIII–E)
- Nicklas–Faust: Bewertung einzelner Neureglungen aus der Sicht der Verbände – Teilhabe als Maßstab
- Döring–Striening: Psychische Gewalt – tätlicher Angriff – neue Entschädigungstatbestände
- Röhl: Beweis– und Begutachtungsfragen insbesondere bei psychischer Gewalt
- Schmidt: Schnittstellen – insbesondere zur Krankenversicherung
- Böwering–Möllenkamp: Neue Hilfeformen in der Gewaltopferentschädigung – eine Bewertung aus psychiatrischer Sicht

Bezug der Zeitschrift, die vom Caritasverband für die Diözese Münster e.V. herausgegeben wird, über die Nomos–Verlagsgesellschaft, Waldseestraße 3–5, 76520 Baden–Baden, Tel.: 07221/2104–0, Fax –27.

■ Sozialrecht aktuell / Zeitschrift für Sozialberatung / 21. Jahrgang / November/Dezember 2017 befasst sich unter anderem mit: **Abhandlungen**

- Tagungsbericht zum 16. Rechtsform 2017 (18./19. Mai 2017) – Die Erbringung sozialer Dienstleistungen nach dem Sozialgesetzbuch im Fokus des Vergaberechts
- Das Grundrecht auf glaubenskonforme Gewährung von Sozialleistung – Sind das sozialrechtliche Dreiecksverhältnis und das Wunsch- und Wahlrecht von Leistungsberechtigten verfassungsrechtlich geschützt?
- Es zählt mehr als nur der Preis – Qualität und Nachhaltig sozialer Dienstleistungen nach dem neuen Vergaberecht
- Die Reform des Vergaberechts und ihre Auswirkungen auf die Erbringung sozialer Dienstleistungen
- Was bedeutet die Teilnahme an Vergabeverfahren für einen Wohlfahrtsverband
- Die Openhouse-Rechtsprechung des EuGH und die Frage zur verpflichtenden Durchführung von Vergabeverfahren mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen
- Vergaberecht und Sozialleistungserbringung aus Sicht der Sozialgerichtsbarkeit
- Das vergaberechtliche Nachprüfungsverfahren

Bezug der Zeitschrift, die vom Caritasverband für die Diözese Münster e.V. herausgegeben wird, über die Nomos-Verlagsgesellschaft, Waldseestraße 3-5, 76520 Baden-Baden, Tel.: 07221/2104-0, Fax -27.

[zurück zum Seitenanfang](#)

STRAFFÄLLIGENHILFE

- Am 6./7. Dezember 2017 ist die Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder (ASMK) in Potsdam zu ihrer jährlichen Sitzung zusammengekommen. U.a. hat sie zum Thema „**Einbeziehung der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten in die Rentenversicherung**“ beraten. Eine Arbeitsgruppe der ASMK war beauftragt worden, der Konferenz eine Entscheidungsvorlage zu unterbreiten, die bislang noch nicht öffentlich bekannt ist. Dazu eine PM des Grundrechtekomitee: www.grundrechtekomitee.de
- **Versöhnen statt Strafen** – die Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe (KAGS) wollte im Jahr 1927 durch ihre Gründung die Lebenssituation von Gefangenen und deren Familien am Rande der Gesellschaft verbessern. „Wir verbinden im Deutschen Caritasverband mit der KAGS die konkrete Begleitung von Menschen, die nach einer Straftat den Weg in ein gutes Leben zurück finden wollen und treten für die Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen in der Rechts- und Sozialpolitik ein. So setzen wir uns auch für eine bessere rentenrechtliche Anerkennung der

während der Gefängniszeit geleisteten Arbeit ebenso ein wie für tragfähige Konzepte der Resozialisierung“, betonte Caritas-Präsident Peter Neher anlässlich des 90. Jubiläums der KAGS. Im Strafvollzug und der Resozialisierung gibt es bis heute viele ungelöste Probleme. Dies gilt beispielsweise für Menschen, die eine kurze Freiheitsstrafe von unter sechs Monaten verbüßen müssen. Mit Hilfe von Beratungs- und Begleitungsangeboten fördert die KAGS die gesellschaftliche Teilhabe Gefangener und deren Familien. In den vergangenen 90 Jahren hat sich die Arbeit der Dienste immer wieder verändert. Ein wichtiges Anliegen in all der Zeit war es stets, die Versöhnung von Tätern und Opfern zu ermöglichen und zu unterstützen. „Damals wie heute stellt sich die KAGS den Herausforderungen der Zeit. In der Tradition verwurzelt und vom christlichen Selbstverständnis der Nächstenliebe geprägt, treten wir aktiv ein für Integration statt Ausgrenzung und für Versöhnung statt Strafe“, betont Lydia Halbhuber-Gassner, Vorsitzende der KAGS. Die Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe (KAGS) ist eine Fachorganisation im Deutschen Caritasverband. Die KAGS will die Ausgrenzung von straffällig gewordenen Menschen vermeiden und ihre Integration in die Gesellschaft fördern. Sie will darüber hinaus Strafe als Reaktion auf ein delinquentes Verhalten zurückdrängen und Formen der Versöhnung zwischen Tätern und Opfern unterstützen. Weitere Infos: www.kags.de

- Das Projekt „**Gefangene helfen Jugendlichen**“ gewinnt den innovatio-Sozialpreis 2017. Es richtet sich an junge Menschen, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, und konfrontiert sie mit dem Alltag hinter Gittern. Das Besondere an diesem Projekt ist, dass einsitzende Straftäter und ehemalige Häftlinge die Besuche von gefährdeten Jugendlichen im Gefängnis ermöglichen. www.sozialpreis-innovatio.de

[zurück zum Seitenanfang](#)

SUCHT / DROGEN

- Eine **Broschüre über Alkohol und andere Drogen** in arabisch-deutscher und englisch-deutscher Sprache hat die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) veröffentlicht. Die Publikationen sind in erster Linie für Geflüchtete konzipiert. Es wird auf fluchtspezifische Fragen eingegangen, auf die Wirkung und Risiken des Suchtmittelkonsums und auf verschiedene Möglichkeiten der Beratung und Hilfe. Download der Broschüren unter [Broschuere-DHS](#)

[zurück zum Seitenanfang](#)

VERSCHIEDENES

- Längst führen wir ein doppeltes Leben – eines im analogen Hier und Jetzt und eines in der digitalen Welt der Bits und Bytes. Beide eng verwoben, die eine Existenz ohne die andere kaum noch denkbar. **Digitalisierung** nennen wir den Megatrend, der all unsere Lebensumstände mit zunehmender Dynamik erfasst und durchdringt. Ihm – und wie wir diese neue Welt 4.0 gestalten wollen – widmen wir die aktuelle Ausgabe von change, dem Magazin der Bertelsmann-Stiftung: www.bertelsmann-stiftung.de
- Millionen Menschen nutzen die Videoplattform Youtube als Ratgeber in allen Lebenslagen. Die Caritas bietet dort nun auch Orientierung in bestimmten Problemlagen. Die Videoreihe „**5 Tipps mit Juliane**“ gibt Hilfestellung bei Mietschulden, einem plötzlichen Pflegefall, für Alleinerziehende und bei Computersucht. Die Clips richten sich direkt an Hilfesuchende und sollen auch Hemmungen abbauen, den Kontakt zu örtlichen Beratungsstellen oder zur Online-Beratung zu suchen. Die Videos stehen auf www.caritas.de und auf dem Youtube-Kanal Caritas Deutschland: bit.ly/5-tipps-mit-juliane
- Die neue Arbeitshilfe der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) zum Thema „**Verwertungsgesellschaften**“ ist da! In folgenden typischen Fällen ist sie für Einrichtungsträger relevant und gibt die notwendigen Hinweise für den Umgang mit Lizenzansprüchen der jeweils relevanten Verwertungsgesellschaften (vor allem GEMA, VG Musikedition, VG Media): Musikwiedergabe in Aufenthaltsräumen/ Gemeinschaftsräumen per Fernseher, Radio, Tonträger, DVD-Player / Musik bei Veranstaltungen (live oder Tonträger) zum Beispiel Sommerfeste, Bunte Abende / Weitersendung von Fernseh- und Rundfunkprogrammen und Musik in Bewohnerzimmer / Musik in Telefonwarteschleifen / Kopieren von Noten und Liedtexten / Filmvorführungen. Anlass für die Überarbeitung der Arbeitshilfe war der Abschluss des Gesamtvertrages mit der GEMA zum 1. Januar 2017. Die Arbeitshilfe soll Einrichtungen und Untergliederungen insbesondere durch die Beantwortung häufig gestellter Fragen und Erläuterung der Vertragsinhalte Hilfestellung für die Praxis geben.
Download: [Broschüre_Verwertungsgesellschaften.pdf](#)
- **Caritas Jahrbuch 2018**. Es bündelt sozial- und kirchenpolitische Themen, die für die Caritaspraxis von Bedeutung sind. So informiert ein Beitrag über Ausschreibungen sozialer Dienstleistungen nach dem Vergaberecht und die Schwierigkeiten, die sich daraus für die Freie Wohlfahrtspflege ergeben. Weitere Themen sind die Digitalisierung in der Sozialen Arbeit, die Integration von Flüchtlingen oder Personalmanagement. Im hinteren Teil des Jahrbuchs finden Sie das aktuelle Adressverzeichnis mit sämtlichen wichtigen Adressen der Caritas. Bestellung über www.caritas.de/Jahrbuch, per Telefon/Fax an 0721/200-421/-11421 oder per Mail an Caritas.Jahrbuch@caritas.de.

- Zum 1. Januar 2018 wurde die **Düsseldorfer Tabelle** geändert. Der Mindestunterhalt minderjähriger Kinder wird ab diesem Zeitpunkt angehoben. Diese Anhebung beruht auf einer Entscheidung des Gesetzgebers in der „Ersten Verordnung zur Änderung der Mindestunterhaltsverordnung“ vom 28. September 2017. Der Mindestunterhalt beträgt danach seit dem 1. Januar 2018 für Kinder der ersten Altersstufe (bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres) 348 Euro statt bisher 342 Euro, für Kinder der zweiten Altersstufe (bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres) 399 Euro statt bisher 393 Euro und für Kinder der dritten Altersstufe (vom 13. Lebensjahr bis zur Volljährigkeit) 467 Euro statt bisher 460 Euro. www.unterhalt.net

- Am Montag, den 19. Februar zeigt 3sat/die woche um 0.00 Uhr in der Reihe 37 Grad den Beitrag: „**Im Kaufrausch – Süchtig nach Konsum**“ (Film von Ann-Kristin Danzenbächer). Ob Kleidung, Schuhe oder Möbel – Kaufsüchtige fühlen sich den Verlockungen der Warenwelt schutzlos ausgeliefert. Es ist wie ein Zwang: Sie müssen kaufen. Viel mehr, als sie benötigen. Immer wieder. Etwa fünf Prozent der Bevölkerung sind nach Studien Kaufsucht-gefährdet. Jürgen (57) hat durch seine Kaufsucht alles verloren. Schon immer hat er sich für schöne Dinge interessiert und gern gekauft. Doch er braucht immer mehr, kauft schicke Kleidung in Massen, ausgefallene Wohnaccessoires und stilvolle Autos. Um seine Sucht zu finanzieren, er findet er Arztrechnungen für nie stattgefundenene Behandlungen. Nun erwartet ihn ein Gerichtsprozess. Katinka (28) kauft, um einen inneren Druck loszuwerden. Wenn es ihr nicht gut geht, dann ziehen sie die Angebote im Internet und in Läden magisch an. Sie kauft meist nicht für sich, sondern immer und immer wieder für ihre Kinder – Spielsachen und Kleidung. Dabei brauchen ihre Kinder die Sachen nicht. Für Katinka ist die Kaufsucht ein Teufelskreis, aus dem sie endlich ausbrechen möchte. Bei Sonja (55) fängt es in einer schwierigen Lebensphase als alleinerziehende junge Frau an. Sich Kataloge anzusehen und schöne Dinge zu bestellen, gibt ihr endlich wieder ein gutes Gefühl. Aber diesen Kick braucht sie schließlich immer wieder. Wie ein Rausch ist Einkaufen für sie. Doch sie schämt sich dafür, auch ihre Beziehung leidet inzwischen extrem unter ihrer Kaufsucht. Die „37°“-Dokumentation will für eine Sucht sensibilisieren, die zwar noch nicht als eigenständige Erkrankung anerkannt ist – in Zeiten permanenter Warenverfügbarkeit aber wohl weiter an Bedeutung gewinnen wird.

- Gegen Hass: „**Miteinander gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung**“ ist ein Titel einer Handreichung der Wohlfahrtsverbände zum Umgang mit Rassismus. Die 44-seitige Publikation ist eine Reaktion auf den tiefgreifenden Wandel und den rasanten Aufstieg der extremen Rechten in Deutschland. Sie liefert Fakten, gibt Handlungsempfehlungen für konkrete Situationen und setzt sich mit Rechtsextremismus als Teil sozialer Arbeit auseinander. Kostenloser Download unter: www.caritas.de

■ Spätestens nachdem im Juli 2016 ein 18-jähriger Schüler am Münchner Olympia-Einkaufszentrum neun Menschen erschoss, ist auch der deutschen Öffentlichkeit das Phänomen „Darknet“ bekannt. Hier soll der Attentäter den Kauf der Tatwaffe angebahnt haben. In den Schlagzeilen erschien das Darknet entsprechend als anrühige, "dunkle" Seite des Internets. In der Wochenschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ /67. Jahrgang, 46–47 2017 / 13. November 2017 sind folgende Beiträge zum Thema „Darknet“ veröffentlicht:

- Stefan Mey: „Tor in eine andere Welt? Begriffe, Technologien und Widersprüche des Darknets
- Otto Hostettler: Hilfloose Ermittler. Warum Kriminelle im Darknet wenig zu befürchten haben
- Daniel Moßbrucker: Netz der Dissidenten. Die Helle Seite im Darknet
- Matthias Schulze: Going Dark? Dilemma zwischen sicherer, Privater Kommunikation und den Sicherheitsinteressen von Staaten
- Friedemann Brenneis: Phänomen Bitcoin. Geld, Technologie und Gesellschaftliches Ereignis
- Albrecht Beutelspacher: Eine kurze Geschichte der Kryptografie
- Meropi Tzanetakis: Drogenhandel im Darknet. Gesellschaftliche Auswirkungen von Kryptomärkten

Download aller Beiträge über www.bpb.de, die Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung

[zurück zum Seitenanfang](#)

WOHNRAUM / WOHNUNGSLOSE

■ Die von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) vorgestellten **Berechnungen zur Zahl wohnungsloser bzw. von Obdachlosigkeit betroffenen Menschen** belegen einen dringenden Handlungsbedarf. Angesichts der steigenden Zahl wohnungsloser Menschen muss die Bekämpfung und Verhinderung von Wohnungslosigkeit ein Schwerpunkt der politischen Arbeit der nächsten Jahre werden. Der Deutsche Caritasverband und die Diakonie Deutschland mit ihren Fachorganisationen für Wohnungslosenhilfe, der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (KAG W) und dem Evangelischen Bundesfachverband Existenzsicherung und Teilhabe (EBET) unterstützen daher nachdrücklich die Forderung der BAGW nach Einführung einer bundesweiten Wohnungsnotfallstatistik. Diese ist zwingend notwendig, um verlässliche Zahlen zu erhalten. Vor allem in Städten und Ballungszentren, zunehmend aber auch im ländlichen Raum, fehlt angemessener und bezahlbarer Wohnraum. In besonderer Weise trifft dies Menschen in prekären

Lebenslagen, die verstärkt vom Verlust ihrer Wohnung bedroht sind. Gemeinsam fordern Caritas und Diakonie ein koordiniertes Vorgehen der politisch Verantwortlichen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Notwendig sind präventive Maßnahmen, um frühzeitig den Verlust von Wohnraum zu verhindern. Dazu zählen auf kommunaler Ebene der Ausbau von aufsuchenden Hilfen, Mieter- und Schuldnerberatung. Auf Länder- und Bundesebene müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, sozial gemischte Quartiere zu fördern, in denen auch benachteiligte Menschen bezahlbaren Wohnraum finden. Zudem müssen die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen ausgebaut werden, damit Mieten weiterhin auch für Menschen mit geringem Einkommen und im Bezug von Grundsicherung und ALG II bezahlbar bleiben. Vordringlich ist es, dass die angemessene Erstattung der Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen in prekären Einkommensverhältnissen verlässlich gewährleistet wird. Das Bundesverfassungsgericht hat den Vorlagebeschluss des Sozialgerichts Mainz zu den Kosten der Unterkunft und Heizung mit der heutigen Entscheidung zurückgewiesen. Dies ist Anlass für die Verbände, ihre politischen Anstrengungen für eine sachgerechte Ermittlung der Angemessenheitsgrenzen für Kosten der Unterkunft und Heizung zu intensivieren. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Verfügbarkeit von Wohnraum sowie die in der Person liegenden Besonderheiten in jedem Einzelfall berücksichtigt werden. *Pressemeldung des DCV vom 14.11.2017*

[zurück zum Seitenanfang](#)

VERBANDSINTERNE INFORMATIONEN DES SKM

- **Ernst Neff**, der Vorsitzende des Sozialdienstes Katholischer Frauen und Männer im Kreis St. Wendel und Vorstandsmitglied des SKM Diözesanvereins Trier, ist am 24. November 2017 im Alter von 65 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben. Ernst Neff war seit April 2016 Vorsitzender des SKFM St. Wendel. Seither engagierte er sich mit vollem Einsatz für den Verein und seine Mitarbeiter. Er führte selbst mehrere Betreuungen. Erst vor Kurzem wurde Ernst Neff auch in den Vorstand des SKM Diözesanvereins Trier gewählt und freute sich auf diese zusätzliche Aufgabe. Wir verlieren mit Ernst Neff einen engagierten, zuverlässigen und im Umgang mit Mitgliedern und Mitarbeitern angenehmen Freund.

- **Ehrungen**
 - **Dezember 2017.** Ehrennadel und Urkunde für unser langjähriges Mitglied Dieter Fendesack. Herr Fendesack ist seit mehr als 25 Jahren ehrenamtlich im Fachbereich Wohnungslosenhilfe, u.a. im

Sonntagsdienst, tätig. Darüber hinaus ist er seit April 1998 Mitglied und seit 2002 im Vorstand des SKM Heidelberg. Er war auch Delegierte auf der Bundesebene für den SKM-Diözesanverein und im Qualitätszirkel des SKM Heidelberg tätig. Herr Fendesack war immer ein wichtiger „Berater“ sowohl für die uns anvertrauten benachteiligten Menschen als auch für die Ehrenamtlichen und den Vorstand.

- **17. Dezember 2017. Elisabeth Ulrich** wurde für ihre 10-jährige ehrenamtliche Mitarbeit und Mitgliedschaft beim SKM – Sozialdienst Katholischer Männer im Landkreis Graftschaft Bentheim e.V. am 17. Dezember 2017 auf der Adventsfeier geehrt.

[zurück zum Seitenanfang](#)

VERBANDSINTERNE INFORMATIONEN DER VKD

- Der Paderborner Erzbischof Hans-Josef Becker hat den Lipstädter Vinzentinerpater **Hans-Georg Radina** zum neuen Geistlichen Beirat der Vinzenz-Konferenzen im Erzbistum Paderborn ernannt. zum ersten Mal übernimmt ein Vinzentiner diese Aufgabe in der Diözesane. Insgesamt existieren dort 15 Konferenzen, die Mehrzahl im Bereich des westlichen Ruhrgebiets. Schon seit mehreren Jahren tagt jeweils am Samstag vor dem ersten Advent der Diözesanrat der Vinzenz-Konferenzen im Vinzenzkolleg.
- Neben dem sogenannten Black Friday wird der **Giving Tuesday** immer interessanter. Hier wird für Spenden an gemeinnützige Organisationen geworben. Raphael von Aulock hat dies für die Vinzenz-Gemeinschaft getan. www.weview.tv
- Das Präsidium der Gemeinschaft der Vinzenz-Konferenzen ist ab sofort unter **einheitlichen E-Mailadressen** zu erreichen.
 - Präsident Winfried Hupe, München hupe@vinzenz-gemeinschaft.de
 - Vizepräsident Andreas Bröcher, Papenburg broecher@vinzenz-gemeinschaft.de
 - Vizepräsident Ralph Wirth, München wirth@vinzenz-gemeinschaft.de
 - Schatzmeister Burkhard Hölzer, Düsseldorf hoelzer@vinzenz-gemeinschaft.de
 - Geistl. Beirat Pfarrer Frank Müller, Köln Pfarrer.mueller@vinzenz-gemeinschaft.de
 - Generalsekretär Reiner Klaes, Düsseldorf klaes@vinzenz-gemeinschaft.de

[zurück zum Seitenanfang](#)

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

■ Hier die voraussichtlich nächsten Erscheinungstermine:

- KuNo 2/2018 Ende Februar 2018

[zurück zum Seitenanfang](#)

IMPRESSUM

SKM Bundesverband e.V.

Geschäftsstelle

Sternstr. 71 –

73 40479 Düsseldorf

Telefon: 0211/233948–

0

Telefax: 0211/233948–

73

E-Mail: skm@skmev.de

Internet: www.skmev.de

Redaktion

Reiner Klaes

Telefon: 0211/233948–

75

Telefax: 0211/233948–

72

Mobil: 0176/10635232

E-Mail: klaes@skmev.de

Der Verein ist im Vereinsregister des Amtsgerichtes Düsseldorf unter der Registernummer VR 3385 eingetragen.

Vertretung des Vereins

Der Verein wird gesetzlich vertreten durch den Generalsekretär Stephan Buttgerit oder durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Vorstandes, bei deren/dessen Verhinderung durch die stellvertretende Vorsitzende/den stellvertretenden Vorsitzenden, jeweils zusammen mit einem weiteren Mitglied des Vorstandes.

Der SKM ist Mitglied im Deutschen Caritasverband.

Disclaimer

KuNo wurde mit größtmöglicher Sorgfalt zusammengestellt; eine Fehlerfreiheit der enthaltenen Informationen kann jedoch nicht garantiert werden. KuNo enthält Verknüpfungen zu externen Websites ("externe Links").

Diese Websites unterliegen der Haftung der jeweiligen Betreiber. Das Setzen der externen Links bedeutet nicht, dass sich der SKM die hinter dem Link liegenden Inhalte zu Eigen macht. Die SKM-Bundesgeschäftsstelle hat bei der erstmaligen Verknüpfung der externen Links überprüft, ob etwaige Rechtsverstöße bestehen. Zu diesem Zeitpunkt waren keine Rechtsverstöße ersichtlich. Der SKM hat jedoch keinerlei Einfluss auf die zukünftige Gestaltung und auf die Inhalte der verknüpften Seiten

Fotonachweis

© peshkov – Fotolia.com

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, dann können Sie hier den [Newsletter abbestellen](#).